Nr. 47 — Jahrgang 20 | Einzelnummer 0,30 Zł. | Sonnabend, den 22. September 1934

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zł. für die achtgespaltene Zeile, ausserhalb 0.15 Zł., Anzeigen unter Text 0.60 Zł., von ausserhalb 0.80 Zł. Bei Wiederholungen tarifliche Ermässigung.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei in Polen

Abonnement: Monatlich 1.00 Złoty. — Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Katowice, Dworcowa 11, durch die Filiale Król. Huta, 3-go Maja 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Katowice, Dworcowa 11 | Postscheckkonto P. K. O. Nr. 303732 | Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 31378

Sozialistischer Wahlsieg in Schweden

Der „tote“ Marxismus im Vormarsch. — Proletarische Mehrheit im Lande. — Nazipleite

Wenngleich die gleichgeschaltete Reichspresse nicht müde wird, vom Verfall des Marxismus in der ganzen Welt zu berichten muss sie verschämt von einem Linksruck in Schweden berichten und vom Zerfall der Nazibewegung, die trotz einer riesenhaften Propaganda nur 9000 Stimmen und kein Mandat erringen konnte. Für die Sozialdemokratische Partei Schwedens waren die Landstingswahlen (Kommunalwahlen) eine Kraftprobe zwischen Arbeiterregierung und Bürgertum. Und das umso mehr, als auch eine linksstehendere Sozialistische Partei und die Kommunisten, einschliesslich des Bügertums, ihre ganze Agitationskraft gegen die Sozialdemokratie aufwendeten. Die Sonntagswahlen brachten nun eine vollkommene Klärung, die Sozialdemokratie hat nicht nur einen durchschlagenden Erfolg zu verzeichnen, sondern die bürgerlichen Parteien haben eine entschiedene Niederlage erlitten, während die proletarischen Richtungen eine Mehrheit in Schweden bilden. Hierbei sei ausdrücklich bemerkt, dass Stockholm selbst, welches seit Jahren eine sozialistische Kommunalverwaltung hat, an diesen Wahlen nicht beteiligt war, sonst wäre der Erfolg der Sozialdemokratie noch viel tatkräftiger in Erscheinung getreten. Das vorläufige Wahlergebnis ist folgendes:

Sozialdemokratie	682 000	Stimmen,	503	Mandate,	früher	469	Mandate
Kommunisten	42 000	„	9	„	„	6	„
Sozialistische Partei	58 000	„	15	„	„	3	„
Landwirte — Kleine Bauern	279 000	„	217	„	„	187	„
Koservative	372 000	„	275	„	„	329	„
Volkspartei Grossgrundbes.	207 000	„	117	„	„	138	„
Nationalsozialisten	9 000	„	0	„	„	0	„

Die Landwirtschaftliche Partei unterstützt die Sozialdemokratie, die einen Arbeitsbeschaffungsplan durchgeführt hat, in welchem auch die Wünsche der kleinen Bauern berücksichtigt sind. Die Wahlen am Sonntag haben die „rote Politik“ in den skandinavischen Ländern bestätigt und die rein sozialdemokratische Regierung Hansson hat nach mehrjähriger Arbeiterregierung einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Während die bürgerlichen Parteien in ihren Ländern gegenüber der Krise einen völligen Bankrott erklären müssen, schreitet das rote Schweden in seinem Wiederaufbau fort, nicht nur die Arbeitslosigkeit ist im Abnehmen begriffen, sondern auch der Wirtschaftsaufschwung ist unbestreitbar, was auch die Hitlersche Presse zugeben muss. Aber gewisse Politiker fantasieren noch immer vom „Verfall des Marxismus“.

Und noch ein Erfolg der Arbeiterpartei!

Bei den Wahlen zum australischen Föderalparlament hat die Arbeiterpartei 10 neue Mandate erobern können, ihre Vertretung stieg von 14 auf 24 und man hofft, dass sie von den noch 10 ausstehenden Mandaten einige für sich erringen kann. Die Regierung verlor bisher 12 Mandate und damit die Mehrheit im Parlament. Die Agrarier konnten auf Kosten der Regierungspartei zwei Sitze gewinnen. Die kommende Regierung Australiens wird ein Koalitionskabinett sein, wodurch die Alleinherrschaft der Vereinigten australischen Partei gebrochen ist.

Sowjetrussland im Völkerbund

Hauptaufgabe: Sicherung des Friedens. — Ständiger Ratssitz an Russland erteilt.

Die Vorbereitungen zur Aufnahme Russlands in den Völkerbund haben schliesslich am Dienstag zum Erfolg geführt, dass Sowjetrussland mit 39 von 49 Stimmen in den „Bund der Nationen“ aufgenommen wurde. Zugleich wurde ihm mit 40 von 50 Stimmen ein ständiger Ratssitz zugeteilt. Der Einzug der Sowjetdelegation gestaltete sich zu einer Kundgebung für Russland als Friedensstifter, unter deutlichem Hinweis gegen die Mächte, die heute den Kriegsbrand entfesseln wollen. Nur die Schweiz, Holland und Portugal stimmten gegen die Aufnahme Russlands in den Völkerbund, während sich 7 andere Mächte teils der Abstimmung enthielten, teils der Ratstagung fernblieben. Nach der Begrüssung der Sowjetdelegation durch den Ratspräsidenten ergriff Litwinow selbst das Wort, wobei er Russlands guten Willen zur Mitarbeit mit den anderen Nationen im Völkerbund betonte und auf die Hauptaufgabe hinwies, die zu erfüllen sei, das ist, den Frieden zu sichern. Wie es heisst, soll Litwinow bei der Völkerbundstagung, zwischen Januar und Mai 1935, Ratspräsident werden.

Oesterreichs Monarchisten wittern Morgenluft

Wie aus Eisenstadt im Burgenland gemeldet wird, traten dort am Sonntag die Monarchisten Oesterreichs zu einer grossen Kundgebung zusammen, in welcher Prinz Eugen offen „Kaiser Otto‘ antoastete. Man feierte Dollfuss als den Vorbereiter der Monarchie und bedauerte, dass an der Kundgebung die alten Mitglieder des Hauses Habsburg fehlen. Es fehlt nur noch die Rückkehr des Kaisers und begeistert stimmten die Anwesenden dem Rufe zu, dass sie den Treueid der Monarchie nie vergessen werden.

Neue Fronten?

Politische Ueberraschungen gehören zum System sogenannter autoritärer Staaten. Dieses autoritäre System ist auch lange genug vom Völkerbund getrieben worden, wobei Frankreich, England und Italien den Ausschlag gaben. Vieles ist versäumt worden, was längst revisionsbedürftig war, und es überraschte in Genf jeweils, wenn es als Ueberraschung, sei es von Deutschland oder Japan, einmal mit aller Plötzlichkeit in Erscheinung trat. Die Minderheitenschutzfrage hat den Völkerbund und seine Tagungen wie ein Gespenst verfolgt, immer neue Forderungen zur Reform gerade dieses Aktes erschienen auf der Tagesordnung, immer wurden sie durch irgend ein Kompromis begraben, man wollte nicht an die Reform heran, bis plötzlich die besagte Bombe platzte und niemand anderer als Polen, diesen Ballast dem Völkerbund vor die Füsse warf. Mit einem Male tun die Autoritäten des Völkerbundes, Frankreich, England und Italien, sehr entsetzt, dass es Polen gewagt habe, sich der Kontrolle des Minderheitenschutzes zu entziehen und solange auf diesem Gebiet nicht mehr mitarbeiten will, bis der Minderheitenschutz auf alle Staaten ausgedehnt, für alle verpflichtend sein wird. Gewiss mag man über die Form, wie es der polnische Aussenminister vorgetragen hat, verschiedener Meinung sein. Aber darin werden sich doch allein einig sein, dass es höchste Zeit war, dass man mit der Reform des Minderheitenschutzes ernst macht.

Der polnische Aussenminister Beck hat in vergangener Woche vor dem Völkerbund eine Erklärung zum Minderheitenschutz abgegeben, der praktisch auf eine Revision des Friedensvertrages abzielt. Dass man sich in Genf gegen eine solche einseitige Revision wehrt, ist verständlich, aber es ist auch bisher nichts getan worden, um die Einseitigkeit gewisser Bestimmungen zu beseitigen. Zu ihnen gehört die einseitige Verpflichtung, die Minderheitsschutzbestimmungen innezuhalten. Man muss wissen, dass seinerzeit diese Schutzbestimmungen für die Minderheiten in den Friedensverträgen verankert wurden, mit der ausdrücklichen Bemerkung, dass von ihrer Innehaltung die Gewährung der Unabhängigkeit der Neustaaten, besonders ihrer Grenzen, Voraussetzung war. Man kann über die praktische Auswirkung geteilter Meinung sein, den Minderheiten haben sie jedenfalls sehr wenig genützt, aber diese Frage steht auch hier nicht zur Diskussion. Polen hat vollkommen recht, wenn es nun auf Verallgemeinerung der Minderheitsschutzbestimmungen drängt, ob dies aber praktisch in dieser ultimativen Form geschehen musste, ist eine Frage, die wir zu bezweifeln wagen. Dieser Schritt muss zu Komplikationen gerade in dem Augenblick führen, wo der Völkerbund gegen Japan und Deutschland eine Konsolidierung beweisen soll, während der Schritt Polens beweist, dass er ein sehr wackliges Instrument ist, mit dem man gelegentlich durch eine Ueberraschung auch den Beweis erbringen kann, dass er unfähig ist, seine Aufgaben zu erfüllen.

Das Echo. welches der Rede Becks folgte, lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und die Erklärungen Sir Simons, Barthous und Aloisis beweisen, dass man Polen schon ausserhalb der Ententefront sieht und sich sogar darauf gefasst macht, dass es eines schönen Tages aus dem „Bund der Nationen“ ausbricht. Dass die Erklärung Polens besonders in Deutschland und Japan ihre Wirkung nicht verfehlt hat, erscheint wieder begreiflich und man kann es deshalb der internationalen Kombination nicht verdenken, wenn man von neuen Fronten spricht, die auf ein Bündnis Deutschland-Japan und Polen hindeuten. Das umsomehr, als angeblich polnischerseits bereits die Erklärung vorliegen soll, dass Polen lieber aus dem Völkerbund ausscheidet, als dass es die Erklärung Becks zurücknimmt. Nun, inzwischen haben die Kompromissler im Völkerbund selbst schon einen Ausweg gefunden, indem der polnische Antrag der Kommission überwiesen wurde und einer eingehenden Würdigung unterzogen wird, was so gut wie ein Begräbnis erster Klasse bedeutet, schliesslich ein Bericht, der niemandem schaden und Polen ebensowenig nützen wird. Darin sind die Völkerbundsdiplomaten Meister, und den Minderheiten wird es gewiss weder schlechter, noch besser gehen.

Viel gefährlicher ist die Tatsache, dass neue politische Kombinationen entstehen, wobei man den Genfer Akt Polens, diesem recht deutlich begreiflich machen will. Man spricht auch von einer Front Deutschland, Jugoslavien und Polen, der sich auch Bulgarien anschliessen soll, sodass die französisch-polnische Freundschaft vollkommen beiseite geschoben wird. Gewiss, es sind nur Kombinationen, aber man wird sie gerade in diesem Augenblick besonders verfolgen müssen, wo wir so auf dem Zentralpunkt Krieg oder Frieden stehen. Mag sein, dass man es einfach für unmöglich hält, Polen in der Hitlerfront zu sehen, so deuten doch alle Anzeichen darauf hin, dass sich neue Fronten in Europa bilden, gleichviel, wie sie gestaltet sind und als alles andere, denn als Friedensfaktoren betrachtet werden können. Und von Paris ist nicht nur ein bedrohliches Echo gegen Warschau vernehmbar, sondern, man kündigt bereits ziemlich deutlich eine Militäralliance mit Russland an, welche sofort verwirklicht werden soll, wenn Russland in den Völkerbund aufgenommen ist. Ist das nicht deutlich die Entente der Vorkriegszeit, die noch besonders vermerkt werden muss, wenn man von der französisch-italienischen Verbrüderung spricht? Sie sprechen vom Frieden und bereiten den Krieg vor, diese alte Losung wird immer klarer und die Frage in diplomatischen Kreisen ist auch sehr laut vernehmbar: wohin treibt Polen?

Niemand wird leugnen, dass ausser den Kombinationen der Regierungspresse, in Polen selbst diese Frage klar beantwortet werden kann, wohin unsere Aussenpolitik steuert. Wir sind in den letzten Monaten aus der Aktivität in die Isolierung geraten, dass uns die Völkerbundserklärung Becks aus dieser Lage befreien kann, wird kaum jemand behaupten wollen. Neue Fronten entstehen, wo steht aber Polen?

Ohne Krieg — Bankrott der Rüstungsindustrie

Was am Weltkrieg verdient wurde — Enthüllungen des amerikanischen Untersuchungsausschusses.

Aus Washington wird gemeldet: Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses für die Rüstungsindustrie, Senator N y e, hat angekündigt, dass die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses Ende der nächsten Woche vorübergehend ausgesetzt würden, da die Senatoren mit Rücksicht auf die bevorstehende Wahl in ihre Heimatbezirke zurückkehren müssten. Senator Nye wies dabei ausdrücklich darauf hin, dass man bisher **„kaum die Oberfläche geritzt" habe.** Die Vernehmungen würden nach den Novemberwahlen fortgesetzt werden. Das bisher zusammengetragene Material wird selbstverständlich von der Roosevelt-Partei, den Demokraten, bei den Wahlkämpfen gegen die republikanische Opposition verwendet werden.

Die Untersuchungen haben natürlich bei den Betroffenen viel „böses Blut" erregt.

Es hat von allen Seiten Proteste gehagelt, an denen sich auch die Gesandten einzelner Staaten beteiligten. Der Staatssekretär des Aeusseren, Hull, hatte wegen dieser Schritte, die von England, Argentinien und anderen Ländern erfolgt waren, eine längere Unterredung mit dem Vorsitzenden des Senatsausschusses, Senator Nye. Der Vorsitzende veröffentlichte darauf eine amtliche Erklärung in Form eines Briefes an Hull, in dem es heisst, der Ausschuss führe die Untersuchung, **um die weitgehenden und teilweise unerhörten Misstände im amerikanischen Kriegsmaterialgeschäft aufzudecken und die Grundlage für eine Reformgesetzgebung auf diesem Gebiet zu schaffen.** Der Ausschuss mache sich keineswegs die Anschuldigungen zu eigen, die seitens der Zeugen gegen fremde Regierungen oder hochstehende Persönlichkeiten (hiermit ist offenbar der im Verlauf des Verhörs genannte König von England gemeint) erhoben worden seien. Die Heranziehung des bei Munitionsfirmen beschlagnahmten Schriftwechsels bedeutete nicht, dass die darin von privaten Agenten dieser Firmen aufgestellten Behauptungen als richtig oder erwiesen betrachtet würden.

Trotz dieser Erklärung aber hat nun auch **der mexikanische Aussenminister** den Botschafter in Washington angewiesen, Protest gegen die Verdächtigungen des mexikanischen Staatspräsidenten Rodriguez und hoher mexikanischer Beamter einzulegen. Mexiko nimmt den Standpunkt ein, dass die „überstürzte Form" der Veröffentlichung der „skandalösen Behauptungen", die sogar den mexikanischen Staatspräsidenten beleidigten, einen Protest erfordere; denn der notwendige Respekt vor einem fremden Staatsoberhaupt sei auch von den Organen anderer Regierungen zu wahren.

Auch in Santiago de Chile, der Hauptstadt Chiles, herrscht grosse Entrüstung. Die chilenische Regierung hat angeordnet, dass in Zukunft

mit amerikanischen Firmen keinerlei Abschlüsse über Flugzeuglieferungen mehr getätigt werden,

und der Verteidigungsminister hat den Chef der Luftstreitkräfte auf diesen Beschluss nachdrücklichst aufmerksam gemacht.

Inzwischen aber sind die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses fortgesetzt worden. Es kamen dabei Machenschaften zur Sprache, die gegen ein Waffenausfuhrverbot gerichtet waren. So ergab ein Verhör, dass ein Agent der Dupont-Nemours Co. vorgeschlagen hatte, ein Offizier der Landstreitkräfte möge mit Staatssekretär Hull eine Entschliessung besprechen, die zu der gegenwärtig stattfindenden Untersuchung in der Rüstungsindustrie führen sollte. Ins Protokoll aufgenommene Berichte eines Agenten von Dupont behandelten Gespräche, die dieser mit einem Marinebeamten über eine Entschliessung zugunsten eines Waffenausfuhrverbotes geführt hatte. Aus diesen Berichten geht auch hervor, dass der Agent bemüht war, eine Opposition im Repräsentantenhaus gegen das Waffenausfuhrverbot zustande zu bringen. In einem im Jahre 1932 geschriebenen Brief teilt der Agent Duponts einem Freunde mit, er glaube, dass kein Grund zu einer Beunruhigung bezüglich eines Waffenausfuhrverbotes bestünde. **Bei der erwähnten Entschliessung zugunsten eines Waffenausfuhrverbotes handelt es sich offenbar um eine von Senator Borah auf Ersuchen des Präsidenten Hoover eingereichte Entschliessung.**

Im Jahre 1913 betrug der Profit der Firma Dupont etwa 10 Mill. Mark. Als der Krieg ausbrach, erhielt sie riesenhafte Aufträge zur Lieferung von rauchlosem Pulver, und 1915 betrugen allein ihre Kriegsaufträge über 800 Mill. Mark. Der gesamte Umsatz während des Krieges belief sich auf **über fünf Milliarden Mark.** Das investierte Kapital sprang zwischen 1914 und 1916 von etwa 90 Mill. Mark auf über 750 Mill. Mark. Bezeichnend war die Aussage eines der Hauptzeugen, der erklärte, **die Firma wäre bankrott gegangen, wenn der Weltkrieg schon im Jahre 1916 zu Ende gewesen wäre.**

Während der weiteren Verhandlung kam es zu einem lebhaften Wortgefecht zwischen Senator Bone und Irenee Dupont. Der Rüstungsindustrielle erklärte, eine Verstaatlichung der Rüstungsindustrien würde ein grosser Fehler sein(!), da sie dann nicht so leistungsfähig sein würden. Bone widersprach dieser Auffassung, wobei man auch auf Deutschland zu sprechen kam, das bei den Untersuchungen übrigens recht oft erwähnt worden ist. Senator Bone erklärte: „Anscheinend glauben Sie, die Duponts hätten verhindert, dass die

Vereinigten Staaten zu einer deutschen Provinz

wurden." Dupont entgegnete: „Ich glaube, wir hatten viel damit zu tun. Hätten wir nicht nach Frankreich Pulver geschickt, so wäre Frankreich besiegt worden, und Deutschland hätte auch England erobert. Auch dann aber wäre der Kaiser mit seinem Weltmachttraum nicht stehen geblieben." Senator Clark bemerkte, der Beitrag Duponts zum Weltkrieg sei nicht auf einer patriotischen Grundlage erfolgt. Irenee Dupont sprang erregt auf und behauptete, dass die grossen Gewinne der Firma nicht aus den Vereinigten Staaten selbst stammten, sondern schon vor dem Eintritt Amerikas in den Weltkrieg aus Europa gekommen seien.

Eingeweihte Kreise behaupten, dass die **„dicken Sensationen"** erst noch zu erwarten seien, so dass man sich bei den weiteren Untersuchungen, die ja bis jetzt schon ganz aufschlussreich waren, noch auf allerlei gefasst machen kann.

Lebt Torgler noch?

Der Berliner Korrespondent der „Züricher Post" meldet seinem Blatte, dass der im Reichstagsbrandprozess freigesprochene kommunistische Abgeordnete Torgler nicht mehr unter den Lebenden weilt. Entgegen aller Rechtsauffassungen ist er, trotz Freispruch, weiter in Schutzhaft behalten worden. Das Weltkomitee zum Kampf gegen den Faschismus hat seit Wochen kein Lebenszeichen mehr von Torgler.

Wie ferner aus Berlin berichtet wird, soll die Anklageschrift gegen Thälmann bereits fertiggestellt sein. Man will den Prozess gegen Ernst Thälmann in aller Stille durchführen, um den vielen Auslandsprotesten ein Ende zu bereiten. Thälmann wird in der Anklageschrift beschuldigt, einen bewaffneten Aufstand in Deutschland vorbereitet zu haben, wozu man das Material im Karl Liebknechtshaus gefunden haben will. Wenn in letzter Stunde ein Weltprotest diese Machinationen nicht durchkreuzt, so wird man eines schönen Tages vor vollendete Tatsachen gestellt, wie es jetzt auch im Fall Torgler geschehen ist.

Thyssens Flucht aus dem Dritten Reich

Die „Neue Züricher Zeitung" meldet aus Berlin: Fritz Thyssen, der bis vor kurzem der politisch führende Mann der westdeutschen Schwerindustrie war, hat eine Reise nach Südamerika angetreten, von der er vor dem nächsten Jahr kaum zurückkehren dürfte. Nachdem schon im Sommer die früheren engen Beziehungen Thyssens zur Nationalsozialistischen Partei erkaltet waren, scheint seine Opposition gegen gewisse wirtschaftspolitische Massnahmen des Regimes noch weitere Spannungen erzeugt zu haben. Es klingt deshalb nicht wahrscheinlich, wenn es heisst, dass Thyssen aus den ihm nahestehenden Kreisen im Ruhrgebiet den dringenden Rat erhalten habe, Deutschland für einige Zeit zu verlassen.

Frankreich droht Polen

Die Folgen der Erklärung zum Minderheitenschutz?

„Republique" veröffentlicht eine scharfe Warnung an Polen und droht mit Sanktionen, falls Warschau nicht seinen neuesten Kurs wechsle. Das Blatt nennt als erste Sanktion, die Frankreich gegen Polen ergreifen könnte, die Rücksendung von 500 000 in Frankreich beschäftigten polnischen Arbeitern, die der französischen Wirtschaft ohnehin nichts nützen, da sie alle ihre Ersparnisse nach Hause schickten. Als weiteres Druckmittel führt das Blatt die Kündigung des französisch-polnischen Handelsvertrages an. Frankreich benötige keineswegs polnische Kohle.

Genosse Sever gestorben

Im Gefängnis irrsinnig geworden.

Der ehemalige sozialistische Abgeordnete des 16. Wienerbezirks und Landeshauptmann von Niederösterreich, Adalbert Sever, ist im Allgemeinen Wiener Krankenhaus gestorben und wurde Dienstag auf dem Friedhof Ottakring beerdigt. Sever war seit dem Februaraufstand in Haft und hat bekanntlich auf den Barrikaden von Ottakring seine Frau verloren.

Sever war der Arbeiterführer des Wiener Proletarierbezirkes Ottakring. Von Beruf Fleischer, stand er schon um 1900 neben Schumeier in der vordersten Reihe der Sozialdemokratie. 1911 wurde er Abgeordneter und war nach dem Umsturz Landeshauptmann von Niederösterreich. In dieser Eigenschaft erteilte er vielen katholisch Geschiedenen den Dispens zur Wiederverehelichung (Sever-Ehen.) Sever war Vorsitzender der Wiener Partei-Organisation, die bis zur Auflösung der SPD. 420 000 Mitglieder zählte. Sever war auch Mitglied des Parteivorstandes. Während der Februar-Revolution leitete er die Verteidigung des Ottakrings Arbeiterheims bis zum letzten Augenblick. Seit 15. Februar war er in Haft.

Der Kirchenkampf im Dritten Reich

Die mit grossem Pomp beabsichtigte Einführung des Reichsbischofs Dr. Ludwig Müller, als das Haupt der evangelischen Kirche in Deutschland, stösst in Bayern und Württemberg auf allergrösste Schwierigkeiten. In letzter Stunde musste Landesbischof Wurm von Württemberg abgesetzt werden, weil er den Widerstand gegen Berlin organisiert hat, nachdem schon vorher eine Säuberungsaktion in Bayern durchgeführt wurde. Die gesamten süddeutschen Repräsentanten der evangelischen Kirche weigern sich, an der Einführungsfeierlichkeit in Berlin teilzunehmen und beschuldigen den Reichsbischof, die Kirche mit Brachialgewalt zerstören zu wollen. Aber auch in Berlin kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen, bezüglich der Einführung Müllers als Kirchenhaupt, sodass der Chef des Stabes der SA eingreifen musste.

Die „Basler Nationalzeitung" bemerkt zu diesen Kirchenkämpfen: „Wenn die nationalsozialistische Staatsführung, die vom blinden Glauben an die Allmacht der primitiven Brachialgewalt besessen scheint, nicht im letzten Augenblick zur Besinnung kommt, so wird sie die Kirche genau so verlieren, wie sie schon Oesterreich verlor, wie sie im Frühjahr möglicherweise auch das Saargebiet und später vielleicht alles andere dazu, verlieren kann."

Konzentrationslager in Amerika

Die Streiklage im Textilgewerbe verschärft sich zusehends. Die Regierungsanhänger Roosevelts fangen an, nervöser zu werden, und da die blosse Kommunistenhetze nicht hilft, setzt man Militär zum Schutz der Industrie in Aktion. Die häufigen Zusammenstösse zwischen Streikenden und Sicherheitsdienst haben nun dazu geführt, dass Konzentrationslager für Streikhetzer eingerichtet wurden. Eines dieser Lager soll bereits gegen 200 Personen umfassen, wobei sich 20 Frauen befinden sollen. Zwar hat bereits ein grosses Textilunternehmen die Bedingungen der Streikleitung angenommen, die Löhne sind dort um etwa 15 Prozent erhöht, die Gewerkschaft als Verhandlungspartner anerkannt und die Arbeitszeit auf 30 Stunden die Woche herabgesetzt worden. Aber der Gesamtverband der Industriellen erhebt gegen Roosevelt die schärfsten Angriffe, ob des wachsenden Bolschewismus in Amerika und erklärt, dass er auf keinen Fall nachgeben werde. Provokateure der Unternehmer versuchen, in den Streik Gegensätze hineinzubringen, Zusammenstösse herbeizuführen, dass das Bundesheer eingreifen und so gegen die Streikenden eine Stimmung erzeugen soll, die zum Zusammenbruch des Streiks führen soll.

500 Insassen polnischer Konzentrationslager

Polnischen Blättern zufolge befinden sich im Konzentrationslager Bereza Kartuska augenblicklich gegen 500 Häftlinge, die überwiegend rechtsradikalen Organisationen angehören. Wie verlautet, soll demnächst eine grössere Gruppe von etwa 60 Personen aus dem Lager zur Entlassung kommen.

Sozialistische Einheitsfront in Spanien

Die Auswirkung des Madrider Generalstreiks. — Die Jugend demonstriert. — „Geheimnisvolle Waffenfonde". Die Regierung drückt sich vor der Demission.

Die Lage in Spanien spitzt sich von Tag zu Tag zu. Der, gegen die Grossgrundbesitzer Kataloniens durchgeführte, Generalstreik in Madrid hat die Regierung zu Gegenmassnahmen veranlasst, sodass zahlreiche Gewerkschaftshäuser geschlossen und einige marxistische Führer verhaftet wurden.

Die proletarischen Organisationen haben diese neue Provokation der Regierung Samper mit der Bildung einer sozialistischen Einheitsfront beantwortet. Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei hat den Beschluss gefasst, in die Arbeiterfront einzutreten. Dieses Bündnis umfasste bereits bisher die sozialistische Partei, die sozialistische revolutionäre Arbeiterpartei, die kommunistische Linke und den Arbeiter- und Bauernblock. Der Einheitsfront stehen nur noch zwei kleine anarchistische Gruppen fern, doch ist bei grösseren Aktionen mit ihrer Unterstützung zu rechnen.

Nunmehr sucht die Regierung einen anderen Grund, um gegen die Marxisten vorgehen zu können und hat die Aufdeckung einer marxistischen Verschwörung angekündigt, auch will man bereits Munitions- und Waffenlager entdeckt haben, die angeblich mit dem „Umsturzplan" in Verbindung stehen. Dieser „Verschwörungsplan" ist nun für die Regierung ein willkommener Anlass, sich vor der Demission zu drücken, die hier täglich erwartet wurde und die erst ihre Ministersessel verlassen will, wenn sie beim Zusammentritt der Cortes das Misstraunsvotum erklärt erhält. Die Cortes treten am 1. Oktober zusammen.

„Isolierung" Russlands?

Wer hat die Sowjetunion noch nicht anerkannt?

Das „Journal de Moscou" veröffentlicht eine Uebersicht über die europäischen Staaten, die bisher die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion noch nicht aufgenommen haben. Es sind dies: Albanien, Andorra, Belgien, Lichtenstein, Luxemburg, Niederlande, Monaco, Portugal, der Vatikan, San Marino und die Schweiz. Alle diese Staaten haben zusammengenommen, eine Oberfläche von 231 670 Quadratkilometern und eine Einwohnerzahl von 27,8 Millionen, oder weniger, als ein Sechstel der Einwohnerzahl der Sowjetunion. Alle diese Länder zusammengenommen, stellen noch nicht zwei Prozent der europäischen Bevölkerung, was sie aber nicht hindert, im Gegensatz zu allen Grossmächten und Industriestaaten Europas, die Politik der Isolierung der Sowjetunion fortsetzen zu wollen.

Polnisch-Schlesien

Wir kommen wieder...!

Ist die Krise in der sozialistischen Bewegung überwunden? — das ist die Frage, die heut immer wieder an die Parteileitungen gestellt wird. Es ist nicht zu bezweifeln, dass die Niederlage der Arbeiterbewegung in Deutschland und Oesterreich, auch eine gewisse Stagnation in der gesamten sozialistischen Bewegung nach sich gezogen hat. Viel schlimmer, als die Stagnation, aber war die Flucht aller derjenigen, die in der sozialistischen Bewegung nichts anderes gesehen haben, als die Befriedigung ihrer persönlichen Wünsche. Darin hat jedenfalls die Niederlage eine Klärung gebracht ,wie wenig tief der sozialistische Kampfeswille in den Massen verankert war. In Zeiten wirtschaftlicher Konjunktur mit dem Machteinfluss der Sozialdemokratie auf die tSaatsgestaltung, sind viele zur Partei gekommen, nicht ahnend, dass die Bourgeoisie sich mit diesen Tatsachen der Einflussnahme der Arbeiterklasse auf den Staat nicht auf die Dauer abfinden wird. Und die Weltwirtschaftskrise gab Anlass genug, um sich an der Arbeiterbewegung zu retten. Es war leichter für die Industrie und den Grossgrundbesitz, Millionenspenden für den Faschismus zu geben, als auf die Dauer die Herrschaft der Arbeiterklasse zu ertragen.

Dass die Diktaturen und Faschismen siegen konnten, war nicht zuletzt eine Folge der Zersplitterung der Arbeiterbewegung, der Kampf der Kommunisten gegen die Sozialdemokratie, eine Phase in der proletarischen Organisation, die heute noch nicht ganz überwunden ist, aber nur durch die Ueberwindung allein in Zukunft den Erfolg der Arbeiterklasse zeitigen kann. Der Rückschlag in Deutschland und Oesterreich konnte nicht ohne Folge auch auf die Arbeiterbewegung in Polen sein. Mehr noch, als die PPS., musste unter diesem Zusammenbruch auch die DSAP. leiden, und es gab kindliche Gemüter, die da glaubten, dass dies auch der Schluss der deutschen sozialistischen Bewegung sein wird. Sie haben sich gründlich geirrt, denn wir haben nie viel auf die sogenannten Gewerkschaftler gegeben, sondern wussten, dass diese Unterstützungsorganisatio-

nen sehr rasch sich den neuen Verhältnissen anpassen werden, wie sie sich früher von Kommunisten und USP.-Leuten an die DSAP. angepasst haben, von „guten“ Demokraten radikale Sozialisten wurden. Auf diese Leute war nie ein Verlass, und überall dort, wo sie auf den Posten innerhalb der Arbeiterbewegung gestellt wurden, waren sie ein völliger Versager, was ja die ganze Gewerkschaftsbewegung am deutlichsten beweist. Sie begreifen auch heute noch nicht, dass sie nur ein aufgequollener Schwamm sind, der seinen Anhang nur solange hält, solange man mit Geldern der Gleiwitzer Arbeitsfront Unterstützungen zahlen kann. Werden durch irgend einen Zufall diese Quellen versickern, so ist auch mit den deutschen Gewerkschaften aller Richtungen Schluss. Klassenkämpfer waren ja ihre Führer nie, Posten behalten und möglichst wenig schaffen, — das war ihre Aufgabe, und darin offenbart sich das ganze Bonzentum unserer Zeit.

Eine Sozialistische Bewegung, die obendrein auch noch nationale Aufgaben zu erfüllen hat, muss zwangsläufig von verschiedenen Richtungen aus angekämpft werden. Den einen ist sie zu wenig national, den anderen zu nationalistisch. Dass ihre Aufgabe darin besteht, die Sozialisten zu sammeln, sie auf Aufgaben aufmerksam zu machen, die zum Teil noch in weiter Ferne stehen ist kaum von jemandem richtig erkannt worden. Dass die bürgerlichen Parteien innerhalb des Deutschtums uns als ein Uebel betrachteten, war mehr, als einmal, deutlich in Erscheinung getreten gerade dann, wenn es galt, die sogenannten deutschen Fronten zu schaffen und die DSAP. sich stets für die proletarische Front mit den polnischen Klassengenossen entschloss. Ohne Uebertreibung kann man sagen, dass der Tiefpunkt der Bewegung überschritten ist. Man hat mit Erfolg abgewartet, bis der Nationalismus sich totgelaufen hat, die deutschen Erneuerer befinden sich in hellster Auflösung, sie führen einen Kampf gegeneinander und halten sich nur zusammen, weil es so ein Befehl von aussen ist. Die deutsche sozialdemokratische Bewegung hat zu Beginn der nationalistischen Hitlerwelle diese Zersetzungserscheinungen vorausgesehen, sie kamen schneller, als wir je erwarten konnten. Gewiss, solange noch die Fantastereien im Dritten Reich bestehen und die Geldquellen fliessen, wird es genügend Dumme geben, die von dort das Heil erwarten. Wer aber hier in seiner Heimat am Aufbau einer besseren Zukunft tätig sein will, der kann nur das Sprichwort der Sozialisten wiederholen: wir kehren wieder und werden sein, wenn längst über den Hitlerismus Gras gewachsen ist.

Minderheitenschutz und Arbeiterschaft

Nützt die Genfer Konwention etwas? Krise und Nationalismus. — Wo liegt der Ausweg?

Ist es nicht eine Kulturschande des Jahrhunderts, des Fortschritts und der Wissenschaft, wenn es noch internationaler Massnahmen bedarf, um Menschen vor Menschen zu schützen? Diese Frage drängt sich unwillkürlich auf, wenn man die Debatte verfolgt, die sich an die Erklärung des polnischen Aussenministers Beck vor dem Völkerbund anschliesst, in welcher jede Kontrolle des Minderheitsschutzes in Polen abglehnt wird, solange nicht eine Konvention durch den Völkerbund beschlossen wird, die für alle Staaten gleichverpflichtend ist. Ueber die politische Seite dieser überaus wichtigen Erklärung wird an anderer Stelle ausführlicher gsprochen, es sei hier nur betont, dass es selbstverständlich ist, dass der polnische Antrag auf Ausdehnung des Minderheitenschutzes auf internationaler Grundlage in jeder Beziehung unterstützt werden muss. Nur soll man sich keinerlei Illusionen hingeben, dass internationale Verträge und Pakte in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung etwas nützen oder gar wirklich den Minderheiten den „garantierten Schutz“ bieten. Nach bürgerlicher Auffassung zum Minderheitenschutz, hat dieser nur dann einen Wert, wenn hinter dieser Erklärung zugleich einige Armeekorps und die erforderlichen Kanonen bereitstehen oder die politischen Konstellation es ermöglicht, dass hinter dem Beschwerdeführer eine Macht steht, die mit obigen Mitteln repräsentieren kann.

Der Schutz der nationalen Minderheit in einem fremden Staat ist eine alte sozialistische Forderung, weil sie in erster Linie die breiten Massen, sei es bezüglich der Arbeitsstätte, hinsichtlch der Erhaltung der eigenen Kultur oder nationalen Belange, unterstützen soll. Aber aus dem Schutz der nationalen Minderheit ist im Verlauf der Zeit ein Element der nationalistischen Propaganda geworden, was am deutlichsten in Oberschlesien zum Ausdruck kam. Wir haben hier eine sogenannte Genfer Konvention und eine deutsche Minderheit. Aber wer wagt es, offenen Gewissens zu behaupten, dass die Arbeiterschaft aus dieser Konvention einen Vorteil gezogen hat! Wenn irgendwo gesagt werden kann, dass eine internationale Konvention versagt hat, so ist, gerade bezüglich des Genfer Abkommens, diese Tatsache ausdrücklich festzuhalten. Polnischerseits wird sie bekämpft, weil sie angeblich nicht nur den polnischen Staat in jeder Beziehung bindet, sondern auch ein Element ist, das angeblich der Germanisierung dient. Andererseits hat sie die breiten Massen deutscher Arbeiter in jeder Hinsicht enttäuscht, denn sie kann ihnen weder Brot schaffen, noch Arbeit

geben, und gerade ihr Vorhandensein fördert den Nationalismus und treibt breite Massen der Arbeiter in den sogenannten Volksbund, der sie angeblich in dieser Not schützen soll. Aber man geht zum Volksbund nicht etwa deshalb, weil er sich die Genfer Konvention zunutze macht, sondern in der Erwartung, dass seine Beziehungen zu deutschen Stellen im Arbeit jenseits der Grenze verschaffen oder, wenn nicht schon anders, so wenigstens hin und wieder eine finanzielle Unterstützung herauskommt. Den Sinn und die Bedeutung der Genfer Konvention hat selten einer der Arbeiter erfasst.

Nun ist es doch kein Geheimnis, dass die Behörden sowohl in der Genfer Konvention. als auch im Volksbund eine Gefahr sehen, die es zu beseitigen gilt. Die wirtschaftliche Krise von der langen Dauer der heutigen trägt selbstverständlich nicht zur Entspannung bei,

sondern verschärft die Gegensätze. Die Industrie, einstmals unter dem Einfluss deutschen Kapitals stehend, wurde polonisiert, und mit der Polonisierung der Leitung flogen nicht nur deutsche Beamte, sondern auch massenweise Arbeiter hinaus. Die Krise ist willkommener Anlass, dass man sich des deutschen Elements entledigt, welches verdächtig erscheint, Bestrebungen zu unterstützen, die auf Erhaltung deutscher Sprache und Kultur hinzielen. Und es ist ein allgemeines Sprichwort geworden dass, wer polnisches Brot essen will, sich auch rückhaltlos zum Polentum bekennen muss. In der Krise wirkt naturgemäss nicht der Minderheitenschutz und die Genfer Konvention, sondern der Magen, und so mancher hundertprozentige Deutsche ist „rassenreiner Pole“ aus Urgrossvaters Zeit geworden, wenn er nur die Arbeit behalten hat, und das gab auch jenen Anstoss, dass gerade in Oberschlesien das Um- und Anmelden der Kinder aus einer in die andere Schule zu einer Gesinnungslumperei wurde. Zu diesem Thema ist aber soviel geschrieben worden, dass wir hier dieses Material nicht weiter wiederholen wollen. Dabei glauben beide Seiten, im Recht zu sein, die anderen, dass sie Polonisierungspolitik treiben und die anderen, dass sie den Nationalismus in Hochkultur züchten, in der Meinung, ihren Anhängern damit zu nützen.

Wehe, wenn man dabei den Nationalismus ablehnt und auf die Tatsache hinweist, dass es keines Minderheitenschutzes bedarf, wenn sich die Bürger verstehen und jeder nach seinem Gutdünken selig werden kann. Würden wir keine Krise haben und keine Arbeitslosigkeit, würde der Arbeitgeber den Teufel danach fragen, wo der Arbeiter sein Kind in die Schule schickt und was er sonst ausser der Arbeit treibt und wo er organisiert ist. Er braucht den Arbeiter zur Ausbeutung und bedient sich seiner ohne Frage nach der nationalen Ueberzeugung oder des Glaubens. Heut, da in der Krise die Arbeitsstätte rar ist, ist es selbstverständlich, dass die Patrioten bemüht sind, erst ihre Anhänger und Freunde in Arbeit und Brot zu bringen und die da, die sich nicht hundertprozentig zur sogenannten Staatsidee bekennen, die müssen eben hungern und arbeitslos bleiben. Trotz aller christlichen Versicherungen bleiben wir dabei, dass der Nationalismus der heutigen Zeit, in der Periode der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung den breiten Massen nie einen Minderheitsschutz gewähren kann. Er müsste ja sein eigenes Dasein aufheben, weil Kapitalismus und Nationalismus so engverwandte Ausbeuter sind, dass sie politisch nie getrennt werden können. Es mag ja sein, dass sich der eine oder andere „Politiker“ einer anderen Illusion hingibt, in der Praxis wird er sich recht bald davon überzeugen, dass es einen Minderheitsschutz nur gibt, soweit er den politischen Machtinhabern „gefällig“ ist.

Schutz der deutschen Minderheit, ob mit Volksbund oder Genfer Konvention, bleibt solange eine Phrase, solange die Wirtschaftskrise herrscht und diese gerade dazu ausgenutzt wird, um treue Patrioten zu erziehen oder „nationalen“ Anhang zu werben. Der Weg von nationaler Unterdrückung zum Nationalismus ist so kurz, dass er rasch von einer zur anderen Seite wechselt, und Oberschlesien ist ein typisches Beispiel hierfür. Darum muss auch hier mit allem Nachdruck gesagt werden, dass sowohl die Genfer Konvention, als auch der Volksbund, überflüssige Uebel sind, weil sie die Gegensätze zwischen Minderheit und Wirtsvolk verschärfen, nie aber der deutschen Minderheit zum sorgenfreien Dasein verhelfen. Aus diesem Grunde waren wir deutsche Sozialisten immer für die Zusammenarbeit mit der polnischen Arbeiterklasse, weil nur ihr politischer Einfluss auch die Rechte der deutschen Arbeiterschaft sichern und gewährleisten kann. Das bedeutet aber offene Abkehr vom Nationalismus und führt zwangsläufig zur Verständigung beider Volks-

teile. Und dieser Weg wird auch in Zukunft der einzig gangbare sein. Freilich kann man dem entgegenhalten, welchen Einfluss die sozialistische polnische Arbeiterschaft besitzt. Steht auch die Frage nicht zur Diskussion, so sind wir überzeugt, dass sie einmal zur Macht durch die breiten Massen berufen wird. Denn auch gewisse Teile der deutschen und polnischen Bevölkerung treiben zwischen Berlin und Warschau jetzt „Verständigung", wie sie sich auswirkt, darüber überlassen wir jedem sein eigenes Urteil. Wer von dieser Verständigung etwas merkt, dem gratulieren wir freundlichst, wir halten von ihr nichts. Und deshalb bleiben wir dem alten Ziel treu: Verständigung der Arbeiterklasse untereinander, der einzige Weg zur Sicherung von Brot und Arbeit für alle Proletarier. Gewiss ist der Weg weit, aber desto sicherer der sozialistische Erfolg.

Kapitalistischer Wahnsinn

oder die gottgewollte Weltordnung.

Das „Hilfskomitee zur Linderung der Weltnot" veröffentlicht einen Bericht über das vergangene Jahr mit einigen interessanten Zahlen, die eine schwere Anklage gegen den Kapitalismus sind. Die Statistik besagt, dass 1933 in der ganzen Welt 2.400.000 Menschen an Hunger starben und 1.200.000 aus Furcht vor dem gleichen Schicksal sich das Leben nahmen. Der Wahnsinn des Kapitalismus wird offenbar, dass folgende Lebensmittel der menschlichen Ernährung entzogen und vernichtet wurden: 588.000 Eisenbahnwagen Getreide, 144.000 Eisenbahnwagen Reis, 267.000 Sack Kaffee, 2.560.000 Kilo Zucker. Ausserdem wurden statt den Hunger der Menschen zu stillen, 423.000 Waggons Getreide verheizt. Dem Verderben wurden ferner preisgegeben: 560.000 Zentner Fleisch in Form von Konserven und 1.450.000 Kilo Fleisch in frischem Zustand.

Und da gibt es noch Menschen, die behaupten, dass alles so sein muss und die breiten Massen abwarten sollen, bis wieder ein „gütiges Schicksal" bessere Zeiten bringt. Die heutigen Machthaber in der Weltpolitik aber retten einen Zustand, der unhaltbar ist und wissen nicht, wie sie selbst die kommende blutige Umwälzung vorbereiten. Wer diese untragbaren Zustände beseitigen will, wo Hunger und Not künstlich erhalten werden, damit eine kleine Klique von kapitalistischen Ausbeutern recht hohe Gewinne aus der Ausbeutung der Menscheit erzielt. Nur die sozialistischen Parteien wollen dieses Grundübel kapitalistischer Wirtschaft beseitigen, und darum ist es Pflicht jedes denkenden Arbeiters, sich der sozialistischen Bewegung anzuschliessen, selbst Sozialist zu werden!

Tragische Betriebsratswahlen

Am Freitag und Sonnabend fanden in der Bismarckhütte die Arbeiterratswahlen statt. Eingereicht wurden 7 Listen, von denen aber eine Liste zurückgezogen wurde, sodass nun 6 Listen den Kampf um die Mandate führten. In den Abendstunden des vergangenen Donnerstag erreichte das Wahlfieber seinen Höhepunkt. Klebekolonnen durchzogen die Betriebe und klebten ein Flugblatt neben das andere, und nicht genug, dass alles innerhalb der Hütte beklebt war, so konnten es verschiedene Richtungen nicht unterlassen, auch in den Strassen des Ortes, in unmittelbarer Nähe des Werkes, ihre Propaganda zu betreiben. Dabei kam es zwischen Anhängern der Listen 1 und 5, Federanten und Deutschen Christen, wiederholt zu Zusammenstössen, die in den Nachtstunden zu einem bedauerlichen Zwischenfall führten. Als die Kolonnen erneut aufeinander stiessen, kam es zu Schlägereien, wobei die Bedrohten, die Brüder Schottek, zum Messer griffen. Schottek, welcher sonst als ruhiger Mensch bekannt ist, traf den, erst seit 3 Tagen vom Militär zurückgekehrten, Kubitzki so unglücklich, dass er nach kurzer Zeit verstarb, während der Arbeiter Franz Kolomski mit mehreren Verletzten ins Lazarett geschafft wurde. Die Gebrüder Schottek wurden verhaftet und in das Chorzower Gefängnis gebracht.

Das Ergebnis der Wahlen zeigt folgendes Bild: Von 4181 Wahlberechtigten beteiligten sich 3820 an der Wahl. Davon erhielten: Liste 1, Federacja Pracy, 1091 Stimmen mit 5 Mandaten, zwei Mandate gewonnen, Liste 2, Polnische Berufsvereinigung, 960 Stimmen mit 5 Mandaten, 1 Mandat verloren, Liste 3, Betriebsliste 121 Stimmen ohne Mandat. Liste 4, Musiolrichtung, 333 Stimmen mit 1 Mandat. Liste 5, Deutsche Christliche Gewerkschaften, 200 Stimmen mit 1 Mandat. Liste 6 **Polnische Klassenkampfgewerkschaften, 1066 Stimmen mit 5 Mandaten.**

Prozess um die Katastrophe auf der Polskagrube

Wegen der Verschüttung einiger Bergleute auf der Polskagrube bei Rosdzin, hatten sich dieser Tage der Besitzer Roman Noglik und der Betriebsleiter Josef Piras vor Gericht zu verantworten. Die Anklage legt den Genannten zu Last, dass sie durch die Missachtung der Sicherheitsmassnahmen das Unglück am 4. Juni vorigen Jahres mit verschuldet haben, wofür durch Zeugen eine umfassende Beweisaufnahme erbracht wurde. Das Gericht verurteilte nach mehrstündiger Verhandlung den Besitzer Roman Noglik zu 7 Monaten und Piras zu 2 Monaten Gefängnis. Gegen dieses Urteil haben die Angeklagten Revision eingelegt.

Ein Notschrei aus Pschow

Uns wird geschrieben: Wer das Unglück hat, längere Zeit arbeitslos zu sein, der weiss, wie es jetzt mit seiner „Lebenslage" bestellt ist. Von den paar Groschen Unterstützung ist es kaum möglich, zu leben, um so schlimmer, wenn man noch eine Familie zu versorgen hat. Gewiss gibt es für den einen oder anderen noch Arbeit, aber auch hier wird bei der Zuteilung unterschiedlich gehandelt. Es werden nun einmal einige bevorzugt, während andere dauernd das Nachsehen haben. Wenn schon die Arbeitslosen klagen, ja nur still untereinander, und deshalb erhört sie auch niemand. Anders ist das bei Hochwürden, da gehts jeden Sonntag von der Kanzel her: Geld und immer wieder Geld! In dieser schwersten Krisenzeit wollen Hochwürden Arbeitsbeschaffung betreiben, und da muss eben Geld her. Und so wurde erst eine schöne Villa für Hochwürden gebaut, dann ein Häuschen für den Orgelspieler, und jetzt kommt sogar mit einem „Häuschen" die Köchin dran. Zu allem Ueberfluss soll die Pschower Parochie auch noch ein Kirchlein in Krzyszkowice bauen, wobei die „kleine" Villa auch nicht fehlen darf. Ja, das ist eine nette Arbeitsbeschaffung, auf Kosten der Gläubigen. Aber es kommt noch besser, denn Hochwürden wollen auch noch einen Teil der geleisteten Arbeit umsonst haben. Die Handwerker sollen ihr Scherflein beitragen, die Handlanger sollen umsonst schuften, die Fuhrwerksbesitzer umsonst das Zufahren besorgen. Na ja, wo es üblich ist, mit „Gott bezahls" alles zu begleichen, bleiben andere Erwartungen nicht übrig.

Und was ein frommer Gottesmann ist, der kann auch Empörung „schmeicheln", die sich besonders gegen diejenigen Arbeitslosen richtet, die da nicht für „Gott bezahls" Gratisarbeit leisten wollen. Und als einer der Arbeitslosen gar wagte Hochwürden zu empfehlen, sein Luxusauto zu verkaufen und damit die Arbeiter zu bezahlen, da erst forderte er Gottes Zorn auf sich, ob solcher Zumutung auf den Verzicht auf Luxus, der, nach Ansicht Gläubiger, bei der Kirche nicht angängig ist. Und die Arbeitslosen fragen mit Recht, wann einmal Hochwürden genug haben werden. Die Einnahmen fliessen trotz Krise doch immer noch munter fort. Teure Begräbnisse gibts genug, Pachtgelder werden nicht verschenkt, die Sitzplätze in der Kirche müssen bezahlt werden, schöne Summen kommen da zusammen, wie die Anschaffung des Luxusautos beweist, aber Hochwürden haben nicht genug und richten einen Notschrei von der Kanzel nach dem andern, gebt Geld!

Der Westmarkenverein wandert ostwärts

Die polnische Presse wusste dieser Tage zu berichten, dass sich der unrühmliche Westmarkenverein (Zwiazek Obrony Kresow Zachodnich) umgetauft hat, in dem er sich nur kurz Westmarkenverein nennt. Gleichzeitig soll er seinen Sitz von Posen nach Warschau verlegen. Die „Verteidigung" der Westmarken ist also programmatisch aufgegeben worden, man wandert ostwärts. Liegt da nicht eine Ansteckung von denen vor, die da ständig gegen „Osten reiten" wollen?

Die Blauhemden verschwinden

Amtlich wird berichtet, dass die Starostei Schwientochlowitz den Bezirk Schwientochlowitz des Radykalny Ruch Uzdrowienia aufgelöst hat. Vom Verbot ist auch die Frauenorganisation der Blauhemden mit betroffen. Bekanntlich ist vorige Woche auch der Bezirk Rybnik der Blauhemden verboten worden.

Aus dem Wojewodschaftsrat

In der letzten Sitzung des Wojewodschaftsrats wurden die Richter zum Verwaltungsgericht der Wojewodschaft bestimmt, die sich aus den Bürgermeistern Skudlarz—Kattowitz und Karczewski—Myslowitz und dem Appellationsrichter Podolecki zusammensetzen. Ausserdem wurden den Gemeinden im Teschener Gebiet zur Reparatur ihrer Schulen je 300 Zloty zur Verfügung gestellt und zwar in Form von Subventionen. Der Wojewodschaftsrat bewilligte der Stadt Teschen eine Anleihe von 1 250 000 Zloty zum Bau des Wasserwerks. Beschlossen wurde ausserdem die Ausschreibung eines Konkurses zum Bau des schlesischen Museums, welches noch im nächsten Jahr in Angriff genommen werden soll. Dem Wojewodschaftsrat lag ferner ein Versicherungsprojekt, betreffend die Beamten und Angestellten der Wojewodschaft, vor, welches in den bestehenden Sozialgesetzen wichtige Aenderungen herbeiführen soll.

Deutsche Theatergemeinde - Katowice

Wer Mitglied der Deutschen Theatergemeinde ist, hat Berechtigung sich eine verbilligte Eintrittskarte zu den Theater-Aufführungen zu lösen. Mitgliedskarten sind im Geschäftszimmer (ul. Szkolna) täglich von 8—14 Uhr erhältlich.

Zeichnungen für das Abonnement können an der Theaterkasse (ul. Teatralna) in der Zeit von 10—14½ Uhr vorgenommen werden. Es sind noch gute Plätze zu haben. (Telefon Nr. 31.647).

Die Eröffnungs-Vorstellung der diesjährigen Spielsaison findet am Montag, den 24. 9. cr. abends 8 Uhr mit dem Schauspiel von Forster „Alle gegen einen, einer für Alle" statt. Der Vorverkauf hierfür hat bereits begonnen.

Wiederaufnahme

der deutsch-polnischen Verhandlungen

Wie aus Warschau berichtet wird, sind in den letzten Tagen die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen wieder aufgenommen worden. Im Mai ist eine Unterbrechung der Verhandlungen erfolgt, die infolge der deutschen Devisenknappheit nicht wieder in Fluss kamen. Wie es heisst, soll nun eine neue Basis im Warenverkehr zwischen Deutschland und Polen geschaffen werden, der Kompensationen für den gegenseitigen Warenaustausch vorsehen soll. Wie es heisst, soll die Reichsbank auch wieder Devisen für den polnischen Warenverkehr zur Verfügung stellen.

Die Arbeitslosenziffer steigt

Der letzte statistische Ausweis für die Wojewodschaft Schlesien stellt die Arbeitslosenziffer auf 89.790 Personen, was in der letzten Berichtswoche eine Zunahme von 323 Personen bedeutet. Hierbei sei bemerkt, dass es sich nur um die amtlichen Angaben handelt, da der Arbeitgeberverband zum Beispiel die Zahl der Arbeitslosen auf über 150.000 schätzt, fast also doppelt soviel, wie die amtlichen Angaben zugeben, eine Zahl, die wohl das Richtige trifft.

Die Zwangsverwaltung bei Pless

Nachdem der Einspruch der Plessischen Verwaltung gegen die Zwangsverwaltung gerichtlich abgelehnt worden ist und hiergegen keine weiteren Rechtsmittel bestehen, ist nun zum Zwangsverwalter für die Besitzungen und Industrieanlagen der Diplomingenieur Bronisław Kowalski ernannt worden. Dieser hat seinerseits als Mitarbeiter für den Bergbau den Direktor Biernacki von der Laurahütte und Pschowgrube, für die Brauerei Direktor Ehrenberg, für die Forsten und Landwirtschaft einen gewissen Palucha und für die Plesser Direktion einen Herrn Roehr ernannt.

Wie es heisst, soll im Interesse der Zwangsverwaltung eine weitgehende Reform der Betriebsführung erfolgen, weiter werden auch Beamtenentlassungen befürchtet. Wieweit die Kompetenzen der Zwangsverwaltung gehen, ist leider noch nicht festgestellt.

ROTER SPORT

Naprzod Szopienice schlesischer Fussballmeister!

Auch im Retourspiel hatte die Kattowitzer Wolność nicht das Glück, einen Sieg an ihre Fahnen zu heften. In der ersten Spielhälfte ging Naprzod bereits mit 3 Treffern auf und davon. Wolność hingegen kam erst nach dem Wechsel auf, doch war der Vorsprung schwer einzuholen. Wohl gelangen ihnen 2 Tore, doch Naprzod verteidigte dann eben stärker und überliess dem Gegner immer mehr Feld. Eine unnütz scharfe Note wurde durch Becker in das Spiel getragen, der halt auf seine Art versuchte, den Treffer der zum Ausgleich nötig war, zu verhindern. Gegen 1000 Zuschauer feierten den Sieg der Einheimischen. Schiedsrichter Gen. Boski sehr umsichtig und korrekt.

Bliebe noch zu sagen, dass der diesjährige Meister seinen Titel durch die Gleichmässigkeit seiner Leistungen innerhalb des Verbandsspielen erkämpft hat. Es ist aber auch festzustellen, dass in unserm Bezirk mindestens 2 bis 3 Mannschaften existieren, die dem Meister ebenbürtig sind. Wir wollen jedoch hoffen, dass Naprzod in den Kämpfen um die Landesmeisterschaft die schlesischen Farben mit Erfolg vertritt und wünschen dem genannten Verein dafür das Beste.

Hapoel Tel-Aviv (Palästina) führt einen Klasseball vor.

Die schlesische Auswahlmannschaft musste sich von den Gästen eine 4:1 Niederlage einstecken. Nach den Leistungen der ersten Spielhälfte hatte man dies nicht erwartet, denn die Schlesier lagen bis zum Wechsel durch einen verwandelten Handelfer mit 0:1 in Führung. Dann aber liess die palästinensische Meistermannschaft alle Register ihres Könnens spielen und brillierten durch fabelhafte Kopftechnik, rasantem Start und ganz bewundernswerter Körperbeherrschung, die unsern Fussballern leider im Allgemeinen noch ganz abgeht, da sie eben glauben nur Fussballer zu sein und deshalb nicht notwendig haben, auch Leichtathletik, Gymnastik oder Turnen zu betreiben. Nennenswert von den Einheimischen waren nur der kleine stämmige Verteidiger Apostel und der selten enttäuschende Slowik im Tor. Eine Zeitlang war auch Preusker im Lauf ganz gut, doch war er den flink und trickreich vorgetragenen Angriffen der jüdischen Arbeitersportler nicht gewachsen und spielte dann nur auf Glück.

Rein äusserlich unterschied sich der Kampf nicht viel von den bürgerlichen Fussballspielen, denn ausser mehreren Staatsflaggen war nicht einmal ein roter Wimpel zu sehen. Wenn der Bezirk solche Unterlassungssünden begeht, wie sollen es dann erst die einzelnen Vereine machen?!

Freie Turner Kattowitz auch weiterhin siegreich.

Die am letzten Sonntag ausgetragenen Handballspiele endeten wieder mit zum Teil recht hohen Niederlagen der Gegner. So verlor der V. d. K. Siemianowice 12:2, Freie Turner Chorzow I 8:5. Die Afa-Jugend gewann gegen die 2. Mannschaft von Bar Kochba Kattowitz 6:1 und die Jugend der Freien Turner verlor ihr Spiel gegen die 2. Mannschaft des Siemianowitzer V. d. K. 4:7.

Diesen Sonntag ist der K. K. S. Pogoń mit drei Mannschaften Gegner der Freien Turner. Die Spiele steigen in der üblichen Zeit auf dem Naprzodplatz. Pogoń wird mit aller Kraft versuchen, die erlittenen Niederlagen (5:2 und 10:5) auszugleichen.



Unterhaltungsbeilage des „Volkswille“



Erlebnisse eines politischen Gefangenen

auf der Insel Lipari

Francesco Nitti, ein Neffe des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Nitti, hat in einem Buch „Flucht“ sein Leben und die Flucht von der Insel Lipari geschrieben. Vorher schlidert er die ersten Anfänge des Faschismus in Italien. Da Nitti alles selbst erlebt hat ist sein Buch eine wertvolle Quelle für die Geschichte der ersten Zeiten des Faschismus.

Seine Gefährten auf der Flucht waren Emilio Lusso, sardinischer Parlamentsabgeordneter, und Carlo Rosseli, Professor der Nationalökonomie in Florenz.

Das Ergebnis, das Nitti am meisten erschütterte und einen Markstein in seinem Leben bedeutete, war die Ermordung Matteottis.

Am Abend des 9. Juli 1926 ging er zu Frau Matteotti, um ihr ein paar Blumen zu bringen. Ein paar Tage nachher erschienen in seiner Wohnung ein Polizeikommissär mit zwei Polizisten und durchsuchten alle seine Papiere und Zeitungen.

Am 1. Dezember 1926, um 7 Uhr, kamen drei Männer zu ihm und sagten, sie seien von der Polizei. Der Kommissär schicke sie, da er von Nitti einige Auskünfte haben wolle. In wenigen Minuten war Nitti mit den Polizisten auf dem Polizeikommissariat Magnapolia in der Via Palermo. Gegen 11 Uhr sagte ihm ein Beamter, dass er die Auskünfte nicht hier, sondern auf der Polizeipräfektur zu geben hätte. Das bedeutete Verhaftung. Gegen 12 Uhr kam Nitti in das Gefängnis von Regina Coeli, er wurde in eine Zeile gesteckt, die bereits voll von politischen Gefangenen war. Nachher kam er in eine Einzelzelle. Ein paar Tage später wurde er vor einen Polizeikommissär geführt. Dieser zeigte ihm ein Blatt Papier, auf dem stand, dass Nitti auf Grund des faschistischen Gesetzes zum Schutze des italienischen Staates zu fünf Jahren Deportation in eine Spezialkolonie verurteilt sei.

Auf Nittis Protest sagte der Kommissär: „Es ist Gesetz. Sie haben keinen Anspruch, darüber verhört zu werden.“ Am 10. Dezember erhielt Nitti die Nachricht, dass er der Verbrecherkolonie auf der Insel Lampedus zugeteilt sei.

Gleich von Anfang an bekamen die Gefangenen die herrschende Brutalität zu spüren. Der Leutnant Veronica, ein junger Mensch von dreissig Jahren, zeigte sehr bald, zu welcher Art von Menschen er gehörte: ein gefährlicher Verrückter und zu allem fähiger Exaltierter. Er war der absolute Herrscher der Gefangenen. Jeden dritten Tag kam von Sizilien ein neuer Dampfer an mit neuen Gefangenen. Im Februar waren 120 in einem Raume eingesperrt. Der Raum konnte die Menschen fast nicht mehr fassen. Es fehlte an Licht, Luft und Wasser. Abends nach 17 Uhr wurden sie eingeschlossen und dann fing das Elend an. Ein einziger Kübel mit Regenwasser musste ausreichen zum Trinken und Waschen, und zwei andere Kübel mussten der Notdurft genügen. Sie verpesteten noch die Luft, die schon von dem Atem und der Ausdünstung von 120 Menschen kaum mehr erträglich war.

Dieses Leben bedeutete für jeden Gefangenen eine schwere körperliche Prüfung. Neben einem harten Lager gab es schlechte Nahrung. Und doch trugen die Gefangenen das mit Gelassenheit: schlimmer waren noch die seelischen Qualen.

Veronica fuhr fort, die Gefangenen zu quälen so viel er konnte. Im Januar kam eine Reihe der fürchterlichsten Tage. Viele wurden ins Gefängnis geworfen und viele von ihm getötet. Am schlimmsten wurden zwei junge Römer, die Gebrüder Disconi, behandelt. Unter ihren Papieren hatte der Leutnant eine Postkarte gefunden mit Grüssen und Unterschriften. Er frug die Brüder, wer die Karte geschrieben habe. Als sie sich weigerten, Auskunft zu geben, schlug er sie mit der Reitpeitsche blutig.

Eines Tages sagte einer der klügsten und mutigsten Gefangenen zu Nitti, er hätte Mittel und Wege gefunden, um sich mit dem Ausland in Verbindung zu setzen und bat Nitti, einen ausführlichen Bericht über alles, was auf der Insel vorging, zu schreiben. Dieser Brief sollte dann so rasch als möglich den Freunden im Ausland zugestellt werden.

Nitti verfasste mit zwei Freunden den Bericht und wurde eines Tages an einem abgelegenen Orte einem Manne vorgestellt. Dieser sagte, er werde alles tun, dass möglichst viele Leute Kenntnis von den Zuständen auf dieser Insel erhalten. „Geben Sie mir jetzt ihren Bericht und gehen wir sofort auseinander, denn der kleinste Verdacht, der auf uns fällt würde alle verderben.

Die Gefangenen hatten ein Theater gegründet. Am Abend des 14. Januar gaben die Römer eine Vorstellung. Es wurden Gedichte aufgesagt und Lieder gesungen. Pietro Rossi sang mit Schwung einige Verse, als man plötzlich ein schreckliches Gebrüll hörte. Veronica hatte sich auf den unglücklichen Rossi gestürzt und schlug ihn heftig, dann warf er ihn auf den Boden. Vierundzwanzig Gefangene wurden abgeführt und verhört. Man klagte sie an, sie hätten aufrührerische Lieder gesungen. Durch einen Zettel, der den anderen Gefangenen überbracht worden war, erfuhren diese die Szene im Gefängnis. Veronica tauchte auf. Er ging langsam auf Rossi zu: „Wer war es“, frug er und der junge Rossi antwortete: „Ich“. Darauf schrie Veronica „Du bist es, Kanaille.“ Er nahm Rossi beim Kragen und drückte ihn gegen die Mauer. Veronica zog einen Dolch und alle sahen, dass er ihn gegen die Brust Rossis richtete. „Ruf sofort es lebe Italien oder ich schlachte dich ab“, brüllte Veronica. Rossi antwortete nicht, da sah man Veronica zustossen. Das Blut quoll aus der Wunde und Rossi sank bewusstlos gegen die Mauer.

Auf ein Zeichen Veronicas stürzte sich ein riesiger Milize auf den reglosen Körper Rossis und begann, ihn mit Faustschlägen, Fusstritten und Stockhieben in entsetzlicher Weise zu bearbeiten. Zum Schlusse spuckte er noch in dieses bleiche Gesicht. Am nächsten Tage kam ein Polizeiinspektor aus Rom an, um die Lage der Gefangenen zu untersuchen. Man erzählte ihm den Vorfall und er verhörte die Beteiligten und nahm bei seiner Abreise die blutigen Kleider Rossis mit. Bald kam der telegraphische Befehl, der die Abreise Veronicas verfügte. Am 6. März erhielten Nitti und andere Gefangene den Befehl, nach Lipari abzureisen, und am 15. März kamen sie dort an. Auch hier lebten alle im grössten Elende.

Aber die neu ankomenden Gefangenen brachten nun die letzten Nachrichten, diese waren nicht verfälscht. So hatten sie auf der Insel ein richtiges Informationsbüro, aus allen Gegenden Italiens liefen die Fäden zusammen. Abgeordnete aller Provinzen, alle brachten das Echo der Leiden, die über ihre Heimat gekommen waren. Die Nachrichten lauteten verzweifelt und gleichartig: überall Elend, Arbeitslosigkeit und Terror.

Mit Erlaubeis der Direktion hatten die Gefangenen auf der Insel eine Schule und eine Bibliothek für die Deportierten und ihre Kinder gegründet. Es wurde Unterricht gegeben in Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch, auch Geschichte, Mathematik und Zeichnen. Unter allgemeiner Beteiligung hatten sie ein paar Räume gemietet und sie als Schulzimmer eingerichtet. Ein gewisser Cocco, der sich erst kurze Zeit auf der Insel aufhielt, hatte sich um ein Lehramt beworben und es auch erhalten. Er war aber einer der gefährlichsten Spitzel, ein schwacher Charakter. Der Wunsch nach Befreiung trieb ihn dazu, eine Anzeige zu machen, mit der Behauptung: Die Schule werde benützt, um Politik zu treiben, den Deportierten den Hass gegen die bestehenden Institutionen einzutrichtern und eine bewaffnete Revolte vorzubereiten! Am nächsten Morgen zogen Patrouillen von Haus zu Haus und hatten zweihundert Deportierte zum Entsetzen ihrer Angehörigen verhaftet. Davon wurden fünfzig ausgesondert und die übrigen in Haft behalten. Die Fünfzig sollten wegen Verschwörung gegen die Sicherheit des Staates vor das Sondergericht gestellt werden. Sie mussten aber nach neun Monaten schwerer Kerkerhaft aus Mangel an Beweisen entlassen werden. Im Jahre 1927 kamen Emilio Lusso und Carlo Rosseli nach Lipari. Sie brachten der Kolonie einen reichen Zuschuss an Menschenkenntnis und Erfahrung und den festen Willen und unzerstörbaren Glauben; sie erfüllten alle diese Gefangenen mit neuer Widerstandskraft. Nitti schreibt: „So verarmte mein Leben trotz aller Studien, und mehr und mehr fühlte ich eine gähnende Leere in mir.“ Um so mehr fühle er, dass er heraus müsse aus diesem dumpfen Dasein, aus diesem Vegetieren. Es gab nur einen Weg: die Flucht, die allerdings sehr schwierig und gefährlich war. Man müsste entschlossen alles aufs Spiel setzen, und bald merkte Nitti, dass seine Freunde Lusso und Rosseli ebenso dachten.

Zu Nitti und seinen Freunden kam nachher ein anderer. Dieser war es, der mit der höchsten Gefahr für sein Leben ihnen zur Flucht verhalf. Die Verbindung mit den Feunden draussen hatte sich gefunden und funktionierte im Sommer 1928 recht ordentlich. Sie wussten, dass sie von einem Motorboot abgeholt würden. Vor allem bekamen sie den Auftrag, einen günstigen Landungsplatz zu finden. Diese Orientierung setzte im Jahre 1928 im Sommer ein und dauerte bis zur Flucht im Juli 1929. Ueber ein Jahr mussten sie die schwierige und fast immer gefährliche Arbeit ausführen. Rosseli entwickelte geradezu eine fabelhafte Tätigkeit, und es gelang ihm schliesslich, einen sehr günstigen Landungsplatz zu finden.

Als alles zur Flucht bereit war, bekamen sie die Nachricht, die Ausführung des Planes müsse infolge neu eingetretener Schwierigkeiten verschoben werden. Man kann sich die Verzweiflung der Gefangenen denken. Der Winter war sehr kalt mit Regen und Schnee. Endlich kam der Frühling. April und Mai vergingen zwischen Erwartung und Angst, dann endlich kam die Nachricht, dass sie an einem Abend im Juli abgeholt würden. Der grosse Tag war gekommen.

Am Abend des 27. Juli 1929 trennten sich die drei Freunde. Nitti ging zu seiner Wohnung und von dort auf seinen Wegen an den Hafen. Lautlos schwamm er ins Meer hinaus. Er hörte plötzlich das Klopfen eines Motors und dann blitzte am Bug des Bootes das Signal auf. Er schwamm mit kräftigen Zügen auf das Boot zu und starke Arme zogen ihn auf das Deck des Bootes. Sie warteten auf die anderen. Plötzlich machten sie eine schreckliche Entdeckung: Der Motor musste wegen der starken Wellen abgestellt werden: die Strömung trieb das Boot direkt auf den Hafen zu. Aber glücklicherweise wurden sie nicht bemerkt, denn wahrscheinlich hatte man ihr Boot mit einem Polizeiboot verwechselt, das die gleiche Form wie das der Flüchtlinge hatte. Endlich kamen Rosselli und Lusso und wurden ins Boot gezogen. Der Motor wurde angekurbelt und wie ein Pfeil schoss das Boot aufs Meer hinaus. Auf einmal hörten sie das Knattern von Maschinengewehren und das Donnern der Kanonen, aber sie konnten die ganze Nacht mit höchster Geschwindigkeit weiterfahren und konnten auch den Kriegsschiffen, die man telegraphisch zu ihrer Verfolgung aufgeboten hatte, ausweichen. Spät am Nachmittage setzten sie den Fuss auf freies Land, sie waren wieder freie Menschen.

Dass dieses System der Deportationen in Italien immer noch existiert, beweist eine Notiz in der „Neuen Züricher Zeitung“ vom 15. November 1933, in der von Rom mitgeteilt wird, dass der Chefredakteur der Turiner „Stampa“ für fünf Jahre nach Lipari verbannt wurde.

H. Sch.

HEDDA ZINNER:

Ruf über die Grenze

„. . . . Und noch eins: dass du pünktlich bist;
Wir malen heut nacht Parolen.“ —
„. . . . Und wenn was passiert, damit ihr's wisst:
Ich geh' jetzt Flugzettel holen.“ —
Zwei kleine Sätze. Von Proleten gesprochen.
Einer ist Schlosser, einer ist Schmied.
Gleich einfache Worte seit vielen Wochen.
Und dennoch: das ist ein Heldenlied.

Ein Heldenlied, das lauter dröhnt
Als der Lärm der braunen Sender;
Das heimliche Wort, das durchs Dunkel tönt,
Wird gehört über Meere und Länder:
„Kamerad, du willst das selbe wie ich —
Nieder mit Krieg und Faschismus!
Kamerad, du willst das gleiche wie ich —
Den Sieg des Sozialismus!

Kamerad, wir sind jetzt ein grosses Heer,
Kämpfer aus zwei Parteien.
Wir kennen heut keine Zwietracht mehr
Haben geschlossen die roten Reihen!
Wir kennen heute nur einen Feind:
Die Kriegshetzer sind's, die Faschisten.
Macht's so wie wir und schlagt vereint!
Ueberall! Ueberall, ihr Sozialisten!“

Das Geheimnis des Schlafes gelöst

In dem englischen Whitchurch-Irren-Hospital stehen hochinteressante Experimente vor dem Abschluss, deren Ergebnis nichts anderes bedeutet, als die endgültige Lösung des Geheimnisses des Schlafes. Es wird — nach den Mitteilungen aus dem Kreise der Experimentatoren — in Kürze möglich sein, auch bei jedem Kranken durch Reizung einer Hinterhauptdrüse einen vollkommenen Naturschlaf zu erzeugen.

Die zahlreichen Todesfälle, die durch den Missbrauch von Schlafmitteln in England hervorgerufen wurden, veranlassten zu neuen Versuchen. Man ging dabei von den schon früher von deutschen Forschern getroffenen Feststellungen aus, das durch eine Drüse Brom im Körper erzeugt wird und so der Schlaf eintritt. Die Funktionen dieser Bromdrüse seien jetzt soweit enträtselt, dass sie nach Belieben angeregt werden können.

Sieben Brüder heiraten sieben Schwestern

Im Gegensatz zu verschiedenen Staaten, die durch Gewährung von Heiratsanleihen, oder durch verordnete Flitterwochen die Lust zur Vermehrung von Nachkommen ankurbeln, heiratet man immer noch in Amerika ohne sich darum zu kümmern, ob die amtliche Statistik mit der Heirat im Voraus rechnet, oder nicht. So haben ohne behördliche Nachhilfe in der vorigen Woche in Washington zwei Negerfamilien eine Hochzeit gefeiert, bei der es nicht weniger als vierzehn glückliche Neuvermählte gab. De 7 Brüder Cobb heirateten die 7 Schwestern Riley, wobei man nach Belieben die sinnige Betrachtung anstellen mag, ob man die ominöse Zahl 7 als eine glückliche oder unglückliche zu werten hat. Man erzählt sich übrigens zu diesem nicht alltäglichen Ereignis, die Massentrauung wäre vorgenommen worden, um die Trauungsgebühren für den Pastor zu verringern.

Die „Grossmutter der russisthen Revolution“ gestorben

Im biblischen Alter von 90 Jahren ist in Chvaly-Pocernice bei Prag am 12. September Frau **Katharina Breschko-Breschkovskaja** gestorben, die seinerzeit vielgenannte „Grossmutter der Revolution“. 1844 geboren, Tochter einer russischen Adelsfamilie, wie so viele spätere Revolutionäre, verlebte sie ihre Kindheit noch unter dem halbwahnsinnigen und gewalttätigen Zaren Nikolaus I., ihre Mädchenjahre aber in der Zeit der beginnenden Reformen des „Zar-Befreiers“ Alexanders II. Ihr Vater hatte mit der Durchführung der für Russland so bedeutsamen und verhängnisvollen Agrarreformen Alexanders zu tun und sie diente ihm als Mitarbeiterin. Sie begann sich für agrarische Fragen und für das Schicksal der Bauern zu interessieren. Die Agrarreform hatte ja die russischen Bauern in eine schlimmere Situation gebracht, als es die Leibeigenschaft gewesen war. Sie konnten mit den Latifundienbesitzern, die den Getreidebau im grossen betrieben, nicht konkurrieren und verelendeten. Die Breschkovskaja begann unter den Bauern agitatorisch zu arbeiten, schloss sich der revolutionären Bewegung an und wurde 1874 nach Sibirien verschickt. Sie verbrachte dort mehr als zwei Jahrzehnte ihres Lebens. Die Verschickung war ja immer noch leichter zu ertragen, als die Haft in den Festungen und, sofern die Verbannten keine Zwangsarbeit zu leisten hatten und über Bargeld verfügten, konnten sie sich das Leben in Sibierien erträglich gestalten.

1897 kehrte die Breschkovskaja aus der Verbannung zurück und widmete sich mit Feuereifer der Arbeit für die sozialrevolutionäre Partei. Sie agitierte für die revolutionäre Bewegung auch in den Vereinigten Staaten, wo sie Geld für die Partei sammelte, die damals ihre grosse — allerdings, wie man erst später durch die Aufdeckung der Verräterrolle Asews erfuhr — auch so unendlich tragische und groteske Zeit des terroristischen Kampfes gegen den Zarismus und die Ochrana durchlebte. Wegen ihrer Teilnahme an der Revolution wurde die Breschkovskaya neuerlich nach Sibirien verbannt, wo sie nun bis 1917 blieb. Im Triumph wurde sie nach dem Sturz des Zaren zurückgeholt. Aber sie zerwarf sich, wie die meisten Sozialrevolutionäre, mit der bolschewistischen Diktatur, ging in die Emigration und betrieb in den Vereinigten Staaten eine heftige Propaganda gegen den Bolschewismus. Von Amerika kam sie nach Prag. Die 80jährige betätigte sich auch als Emigrantin noch organisatorisch, indem sie aus amerikanischem Geld zwei Internate für studierende Bauernkinder und in Karpathorussland eine russische Druckerei gründete.

Diese Frau, die mehr als ein Menschenalter in der Verbannung gelebt und Stellung, Reichtum und privates Lebensglück einer Idee geopfert hat, konnte 90jährig doch auf ein Leben zurückblicken, das reich in einem anderen als dem materiellen Sinne war und dass einen grossen Sinn gehabt hat. War sie auch mit dem Ausgang der grossen russischen Revolution nicht einverstanden, so mag auch sie, wie manchen anderen, lange unversöhnlich gebliebenen Gegner des Sowjetregimes, am Ende das Gefühl getröstet haben, dass Russland nicht nur den Zarismus endgültig überwunden hat, sondern dass es auch unter der Führung der Sowjets wieder eine Weltmission erfüllt. Welcher Unterschied zwischen dem Russland von 1849, das die Breschkowskaja als Kind noch gesehen hat, da die Heere Nikolaus I. in Ungarn die Kontrrevolution zum Siege führten und die deutsche Revolution verhinderten, und dem Russland von 1934, das sie sterbend sah, und dessen Mission es ist, einem Sechstel der Erdoberfläche eine neue Lebensform zu geben, die Idee des Sozialismus tiel nach Asien hinauszutragen.

Ein Wiener Kind wird geboren

Man schrieb Februar 1934.

Die Lage in Wien war derart gespannt, dass das Platzen eines Autoreifens, das plötzliche Bremsen einer Strassenbahn die Menschen schreckte. Passanten blieben stehen, aus den Läden und Hausfenstern guckten erschrockene Köpfe auf die Strasse hinaus.

Selbst diejenigen, die von Politik nichts wissen wollten, die mit ihrem Alltag bisher ganz zufrieden waren, sprachen jetzt von unaufhaltsam herannahenden Ereignissen. Etwas musste geschehen. Man erstickte in der Ungewissheit.

In Floridsdorf, mitten unter den anderen Arbeitern, wohnte der Schutzbündler und Strassenbahnführer Hugo Raynert mit seiner jungen schwangeren Frau. Die Entbindung war eine Frage von Tagen, von Stunden vielleicht. Die unaufhörlichen Verhaftungen von Arbeitern, die ständigen Haussuchungen und die vielen dumpfen Gerüchte machten Anna Maria Raynert sehr nervös.

In den Tagen nach der Verhaftung der Wiener Bezirksführer des Schutzbundes wurde in Floridsdorf, wie in allen Arbeitervierteln, von den nun fast unvermeidlich scheinenden Kämpfen gesprochen. Sie konnten nicht mehr lange ausbleiben. Anna Maria weinte jedesmal, wenn Hugo in den Dienst musste: entweder wird er in einen Strassenkampf hineingezogen oder sie wird inzwischen niederkommen.

Den Sonntag verbrachten sie in ihrer kleinen Wohnung. Hugos Kameraden kamen und besprachen mit ihm die Geschehnisse der vergangenen Woche. Am Nachmittag wurde in Floridsdorf ein bekannter Betriebsrat verhaftet. Man plante einen Proteststreik.

Der Montag war ein regnerischer Wiener Alltag.

In Floridsdorf war der Streik spontan ausgebrochen. Die Arbeiter verliessen die Werkstätten. Anna Maria stand an der Tür ihrer Wohnung und horchte, ob sie nicht die Schritte Hugos erkenne. Er kam nicht. — Inzwischen kamen Arbeiter und sagten, der Generalstreik sei ausgerufen. Die Polizei verhaftete viele Funktionäre. Die Truppen sperrten die innere Stadt ab. Die Polizei liess nur „gutgekleidete“ Personen durch, so dass man nicht wusste, was dort vorging. Anna Maria zitterte vor Angst und erbebte unter den zunehmenden Schmerzen.

Hugo stand am Steuer und führte seinen Wagen, als die Strassenbahn plötzlich hielt. Man vermutete eine Stromstörung. Hugo blieb an seinem Platze stehen. Der Gedanke an einen Generalstreik bohrte in seinem Hirn, aber es war niemand da, mit dem er darüber sprechen konnte.

Dann hörte man Schüsse. Es krachte öfters. Die Fahrgäste verliessen den Wagen, auch Hugo eilte davon. Unter mancherlei Schwierigkeiten kam er durch die Sperre und nach Floridsdorf.

Die Arbeiter besetzten in Floridsdorf einige Polizeiwachen und entwaffneten die Polizisten. Die wichtigsten Verkehrstrassen wurden besetzt. Maschinengewehre wurden aufgestellt und die Arbeiter bewaffnet. Hugo meldete sich bei seiner Abteilung. Mit dem Gewehr in der Hand nahm er den ihm zugewiesenen Posten ein. Einen vorbeilaufenden Jungen schickte er nach Hause, um Anna Maria zu benachrichtigen, und auch um zu erfahren, wie es ihr gehe. Der Junge machte nur ein paar Schritte — bei der Stange, an der die rote Fahne gehisst war, wurde er von einem Polizisten erschossen.

Anna Maria wälzte sich in Schmerzen, als sie den ersten Schuss vernahm. Im ganzen Hause war kein Mann daheim. Als die Schüsse sich mehrten, verliess sie ihre Wohnung. Die Zähne in die Lippen gebissen, die Hände an den Bauch pressend, ging sie auf die Strasse.

Frauen und Kinder liefen vorbei. Sie trugen Essen für ihre Angehörigen oder eilten, ihnen im Kampfe Hilfe zu leisten. Anna Maria fragte nach Hugo. Niemand konnte ihr Auskunft geben.

Die Schmerzen wurden heftiger. Mit Mühe liess sie sich an einer Mauer auf die Erde nieder. Eine Frau, dann eine andere, und eine dritte kamen. Man wollte ihr helfen, sie hochheben, aber es gelang nicht. Die Geburtswehen hatten eingesetzt. Man versuchte einen Wagen der Rettungsgesellschaft zu bekommen. Man lief hin und her. Endlich gelang es einem Burschen durchzukommen. Der Wagen musste nun jeden Augenblick kommen. Aber mehr als eine Stunde verging, ehe er eintraf. Der Arzt und der Gehilfe legten Anna Maria in den Wagen, und sie fuhren ab.

Auf der Strasse krümmten sich Verwundete, lagen Leichen. Der Arzt wollte einige Verletzte mitnehmen, aber er darf sie doch nicht in den Wagen der Gebärenden aufnehmen! Und Anna Maria wälzte sich in Schmerzen. Sie heult. Der Arzt schwankte. Endlich fragte er sie doch, ob er einige Verletzte mitnehmen dürfe: Sie leiden schrecklich!

Anna Maria hebt ihren Kopf: Hugo kämpft auch. Dann sagt sie, mit letzter Kraft ihrer Stimme: „Arbeiter ja, Arbeiter so viel Sie nur mitnehmen können“, dann — fällt sie auf ihr Lager zurück.

Als der Wagen im Krankenhaus ankam krochen zuerst die Verwundeten aus dem Wagen, dann hob man Anna Maria und ihren soeben im Krankenwagen geborenen Sohn heraus, und man trug sie an den Verwundeten vorbei in das Haus.

J. Ules.

Unsterbliche Richter

Was die Statistik von englischen Juristen weiss.

Nicht weniger als achtzehn hohe richterliche Beamte der englischen Gerichtsverwaltung sind mehr als 70 Jahre alt; vor einigen Tagen starb der Richter Scrutton im Alter von 78 Jahren und einer seiner Kollegen, Sir Horace Avory, ist mit 83 Jahren heute noch im Dienste tätig.

Der älteste der englischen Justizbeamten, Lord Trevethin, der nicht weniger als 91 Jahre zählt, ist erst seit einigen Jahren vom Dienste befreit. Heute noch kann man ihn hoch zu Ross bei den sportlichen Veranstaltungen des Pegasus-Clubs antreffen, zu dessen Gründern er zählt. Wie kommt es nun, dass die englischen Richter über eine solche stattliche Zahl von Lebensjahren herabsehen können und von den Erfahrugnen fast einen Jahrhunderts auszugehen vermögen? Ein Witzbold hat diese schwierige Frage dahin beantwortet, dass das englische Gericht alljährlich drei Monate Ferien mache und die gutbezahlten Richter ihre Langlebigkeit einzig dem Umstande verdanken, dass sie vor anderen Sterblichen dies voraushaben, sich von ihrem Handwerk 3 mal 30 Tage erholen zu können. Wenn diese Folgerung richtig ist, dann müssten alle die Müssiggänger, deren Ferien noch länger dauern, ein ewiges Leben haben.

30000 Scheidungen

Man hat sich der Mühe unterzogen, eine Statistik darüber aufzustellen, wieviel Ehen in Paris geschieden werden. Das Ergebnis ist immerhin überraschend. Im abgelaufenen Jahr hatten die Pariser Gerichte nicht weniger als 30.000 Urteile auszusprechen. Natürlich waren es nicht alles Franzosen, denen das Eheleben unerträglich geworden war, sondern auch Ausländer, die in dieser Aufstellung sogar einen grossen Raum für sich beanspruchen.

30.000 Aktenstücke verstauben in den Büroschränken der Behörden. Und wenn man einmal eines dieser Bündel herausgreift und die vielen Protokollseiten durchliest, so kommen die seltsamsten Dinge zu Tage. Hier ein Fall:

Die 31jährige Gattin eines Ingenieurs hat in dem malerischen Seebad La Rochelle einen idyllischen Sommermonat verlebt. Diese Ferienzeit war zugleich ihr Eheurlaub, denn ihr Mann wurde durch wichtige Agenden in Paris zurückgehalten. Die Dame nahm einen Photoapparat mit, der zum Unglück einen Selbstauslöser besass. Es wurden zahlreiche Photographien gemacht, die die Ingenieursfrau mit dem Eintänzer einer Bar in La Rochelle, den sie dort kennengelernt hatte, in nicht immer ganz einwandfreier Positur darstellten. Selbstverständlich waren diese Photos nicht für die Augen des Ehemannes bestimmt.

Ein verhängnisvoller Zufall wollte es, dass die Dame den letzten Film, der 24 solche Aufnahmen enthielt, unentwickelt in dem Apparat beliess. Nach Rückkehr vom Urlaub nahm der Ingenieur den Apparat, der ihm gehörte, in Empfang und verfertigte, im Glauben, der Film, der im Apparat stecke sei unbelichtet neue Aufnahmen auf demselben Streifen an. Bei der Entwicklung des Filmes zeigte sich nur, dass 23 Bilder verdorben waren. Sie waren zweimal belichtet. Nur ein einziges Photo blieb vor diesem Schicksal bewahrt und zeigte nun verräterischerweise am Meeresstrand die Frau Ingenieur mit ihrem Galan. Nun übergab der Ingenieur die 23 anderen Bilder einem photographischen Fachmann, der durch geschickte Künste wenigstens Teile der anderen Photographien zu rekonstruieren vermochte. Die Lichtbilder wanderten zu den Akten der Scheidungsklage und die Ehe wurde geschieden.

Die Flaschenpost der Ozeanflieger

Die letzte Nachricht von den litauischen Ozeanfliegern von 1933 nach eli Monaten aufgetaucht.

Es ist schon öfter die Rede gewesen von phantastischen Wegen, die Flaschenposten über Meere hinweg und ganze Flüsse hinab zurückgelegt haben. Jetzt wird näheres über den interessanten Weg, den die Flaschenpost der litauischen Ozeanflieger zurückgelegt hat, bekannt. Am westlichen Ufer der Moray Firth bei Loth in England fand der Professor an der Aberdeen-Universität, James Ritchie, eine Flasche. Aufgegeben d. h. abgeworfen war sie auf dem 31. Meridian und auf dem 46. Parallel-Grad.

Der Professor vermochte die Botschaft, die in der festverkorkten Flasche lag, nicht zu lesen. Schriftsachverständige identifizierten die Botschaft als litauisch. Und auf der litauischen Vertretung in London stellte man mit Erstaunen fest, dass man es hier mit den letzten Aufzeichnungen zu tun hatte, die die beiden litauischen Flieger Girenas und Darius aufgegeben hatten, die bekanntlich bei Kuhldamm in Pommern mit ihrer Maschine tödlich abstürzten, kurz vor ihrem grossen Ziel. Die Botschaft besagt, dass die Flasche aufgegeben wurde auf dem 31. Längen- und 46. Breitengrad, in dem Bewusstsein, den Ozean besiegt zu haben. Die Seegöttin Jurate möge wissen, dass sie den Fliegern keine Furcht mehr einjagen könne.

Wichtiger aber für die Seekunde als die Botschaft als solche ist die Route, die die Flasche eingeschlagen hat. Um jetzt, nach elf Monaten, in Schottland landen zu können, muss sie scharf nach Nordosten getrieben worden sein, um dann an den Küsten des nördlichsten Europas eine Schwenkung zu machen, bei den Shetlands vorbeizutreiben und den Weg in die Moray Firth zu nehmen.

Die Flaschenpost wurde also von der im westlichen Atlantik südlich von den Bermudas ausgehenden Strömung erfasst. Nur — dauert normalerweise der Strom als solcher genau drei Tage. Welche Umwege die Flasche machte, wo sie sich so lange aufhielt — das ist eine der ungelösten Fragen.

Sitzgelegenheit aus reinem Gold

Der englische König Eduard VII hat vor einigen Tagen den Herzog von Gloucester mit einer sonderbaren Mission beauftragt. Der Herzog hat auf dem Kreuzer Sussex einen goldenen Thron nach Ceylon zu bringen, und zwar als ein Geschenk des englischen Königs für diese Insel. Der Thron kehrt nach beinahe 120 Jahren auf die Insel zurück. Er ist eine historische Erinnerung an einen der blutigsten Tyrannen, die überhaupt Menschen regierten. Im Jahre 1815 bat die königliche Familie von Ceylon die britischen Behörden ihren Herrscher vom Thron abzusetzen. Dieser Herrscher hatte, um Schrecken unter die rebellischen Adelsleute zu verbreiten, die Leichen der zum Tode verurteilten Untertanen um seinen Thron legen lassen u. hatte dann seine Adelsleute zur Audienz geladen. Der König wurde schliesslich von Engländern abgesetzt und der goldene Thron nach England gebracht, wo er im britischen Museum ausgestellt wurde. In Zukunft wird dieser Thron, — da Ceylon schon längst aufgehört hat, ein Königreich zu sein, — als Sitzgelegenheit für den englischen Gouverneur im ceylonischen Parlament dienen.

Das unterirdische Deutschland!

Aus der illegalen Arbeit der Sozialdemokratie.

Aus Paris wird uns geschrieben:

Der „Intransigeant", eine der meistgelesenen französischen Zeitungen, hatte vor einigen Wochen eine Artikelserie über die illegale Arbeit in Deutschland unter dem Titel „Das unterirdische Deutschland" veröffentlicht. Die Darstellung war teilweise recht einseitig und insofern nicht ganz unbedenklich, weil man nur von der illegalen Arbeit der Kommunisten hörte und ganz verschwiegen wurde, in welch hohem Masse auch die Sozialdemokraten im unterirdischen Deutschland schalten und walten. Es ging sogar so weit, dass einzelne Schriften, die in Deutschland von den Sozialdemokraten verbreitet werden, den Kommunisten zugeschrieben wurden. Anscheinend ist das französische Blatt von Leuten, die wirklich in der illegalen Arbeit stehen, jetzt aufgeklärt worden. Es erzählt zunächst davon, wie Katholiken, Monarchisten und Konservative nach besten Kräften alles tun, um das braune Regime zu unterminieren. Dann wird um mit folgenden Worten von der Arbeit der Sozialdemokraten berichtet:

Von der unterirdischen sozialdemokratischen Propaganda habe man lange Zeit nur wenig gesprochen. Aber ihre Organisation trete von Monat zu Monate deutlicher u. wirklicher in Erscheinung. Tatsächlich habe der Beginn des „dritten Reiches" die Sozialisten überrascht. Die, die hauptsächlich die Republik von Weimar geschaffen hätten, die ihre Stützen und auch lange Zeit ihre Nutzniesser gewesen seien, hätten dadurch auch ihren revolutionären Charakter verloren. Ihre ganze Tätigkeit habe sich in voller Oeffentlichkeit unter den demokratischen Freiheiten abgespielt, die sie geschaffen hätten. Hätte es dann auch anders sein können, da doch zu mindest bis zu Papens Staatsstreich gegen Preussen im Juli 1932 aus ihren Reihen Minister, Oberpräsidenten, Polizeipräsidenten und tausende höhere oder mittlere Beamten stammten...

Bei den Sozialisten habe während der ersten drei Monate nach dem Reichstagsbrand eine tiefe Verwirrung geherrscht, die damit zusammengehangen habe, dass sie zunächst noch nicht als politische Parteien verboten gewesen seien. In der Tat seien sie schon erledigt gewesen, aber sie hätten mit dem Zentrum und den anderen politischen Parteien noch die Illusion genährt, dass ihnen eine gewisse Aktionsfreiheit in der Legalität gewährt würde und sie sich auf dieser Grundlage wieder aufrichten könnten.

Erst in der zweiten Maihälfte 1933 habe ein Teil der sozialdemokratischen Führer begriffen, dass das eine Illusion sei und sich für das Exil entschieden, um dort eine Geheimorganisation zu schaffen.

Andere Führer hätten sich demgegenüber noch geweigert, einen so bitteren Entschluss zu fassen, und hätten noch gehofft, wo kein Grund zum Hoffen mehr gewesen wäre, sie seien sogar bereit gewesen, sich von ihren Genossen, die ins Ausland gegangen seien, loszusagen. Erst als Ende Juni die Sozialdemokratische Partei endgültig verboten worden sei, ihr Vermögen eingezogen, die optimistischen Führer, die in Deutschland geblieben seien (Löbe) verhaftet oder ermordet (Steiling) worden, sei die Situation klar geworden.

Damals habe die unterirdische sozialistische Propaganda engesetzt. Es sei ihr Nachteil gewesen, dass sie so spät einsetzte und dass man in Deutschland wie im Auslande die Neigung hatte, die sozialistischen Führer dafür verantwortlich zu machen, dass Hitler ans Ruder gekommen sei. Aber trotz dieser doppelten Belastung, sagt „Intransigeant", machten sich die sozialistischen Führer systematisch an die Arbeit. Mit dem Vermögen der Partei, das sie glüchlich gerettet hatten, organisierten sie von Prag aus einen Propagandaapparat, von dem man sehr wenig spricht, aber der recht gut arbeitet und jeden Tag sich mehr ausbreitet... Ueber die Art dieser Organisation im einzelnen zu reden, empfiehlt sich nicht, weil Göring und Himmler nur auf Indiskretionen warten, die sie auf eine gute Spur bringen könnten.

Der Parteivorstand, der in Prag seinen Sitz hat, hat um Deutschland herum in nächster Nähe der Grenze Stützpunkte geschaffen, von denen jeder einzelne einen bestimmten Abschnitt im Innern Deutschlands zu betreuen hat.

Ausser dem Wochenblatt der „Neue Vorwärts", der vor allem zur Unterrichtung der in der ganzen Welt zerstreuten Emigranten und der internationalen Presse dient, gibt er auf sehr dünnem Papier und in sehr kleinem Format eine fotografierte Zeitung heraus, „Sozialistische Aktion". Zwischen den einzelnen Stützpunkten und den Industriezentren ist ein geheimer Kurierdienst ständig unterwegs, der es ermöglicht, dass in jeder Woche mehrere zehntausende Exemplare der „Sozialistischen Aktion" zur Verteilung kommen, die dann unter zuverlässigen Leuten von Hand zu Hand gehen.

Ausserdem kommt allmonatlich in Prag eine Nummer der „Zeitschrift für Sozialismus" heraus, in der besonders die theoretischen und taktischen Fragen erörtert werden, die sich aus der neuen Situation ergeben. Ebenso erscheinen Broschüren usw.; alles das wird in geringerer Auflage nach Deutschland geschmuggelt, weil diese Dinge vor allem für diejenigen bestimmt sind, die in der illegalen Organisation führend tätig sind. Die sozialdemokratische Aktivität ist seit geraumer Zeit schon recht erfolgreich. Ihr grosser Vorteil ist, dass sie in der Hand völlig zuverlässiger Menschen liegt.

Hauptsächlich handelt es sich um verhältnismässig junge Genossen, die aus den Reihen der Sozialistischen Arbeiterjugend oder des Reichsbanners stammen, die mutig, ohne unbesonnen, klug, ohne furchtsam zu sein, die schon früher Vertrauensstellungen einnahmen, aber in dieser Eigenschaft den Behörden nicht bekannt sind...

Man hat überhaupt die bekannten Funktionäre für die illegale Arbeit nicht herangezogen, weil man damit nicht nur diese selbst, sondern die ganze örtliche Organisation gefährden würde.

Eine neue Führergeneration hat sich gebildet und ist Tag für Tag tätig, aber politisch und technisch arbeitet sie, so gut es die Umstände erlauben, mit den im Auslande lebenden Führern zusammen.

Die Prager Exekutive ist gegenwärtig eine der über die Lage in Deutschland bestunterrichteten Zentren, und die monatlichen Berichte, die sie ihren Vertrauensleuten in den verschiedenen europäischen Hauptstädten zukommen lässt, bilden äusserst wertvolle Dokumente, die mit Tatsachen und Beobachtungen belegt sind, sowohl nach der politischen Richtung wie nach der wirtschaftlichen, sozialen und psychologischen Seite hin. Und trotz des Misskredits, in den die Sozialdemokratie im Laufe des Jahres 1933 kam, gewinnt sie dank ihrer Tradition und der Stärke, die sie sich erworben hat, langsam aber sicher an Boden.

Wir sagten, dass ihre Vertrauensleute vor allem zuverlässig seien. Und das unterscheidet sie ganz besonders von den Kommunisten, die unglücklicherweise eine unglaubliche Zahl von Polizeispitzeln und Polizeiprovokateuren in ihren Reihen, sogar in ihren führenden Kreisen in Deutschland wie im Auslande haben. Damit hangen auch die furchtbaren Verluste zusammen, die die Kommunisten in diesem unterirdischen Krieg erleiden. Der unleugbare Heldenmut ihrer jungen Parteigenossen wird oft zum Spielball von Geheimagenten der Regierung. Die kommunistische Organisation hat im Laufe dieser letzten Monate ganze Hekatomben von Menschen verloren, und ihre besten örtlichen Geheimorganisationen, wie zum Beispiel die Hamburger, sind wie Schnee im letzten Frühling dahingeschmolzen. Sehr selten sand dagegen die Fälle von Verrat innerhalb der sozialitischen Geheimorganisation, deren Verluste, so schmerzlich sie auch immer sind, doch unvergleichlich geringer sind.

Das ist aber auch der bedeutsame Grund, aus dem die sozialdemokratischen Genossen in Deutschland, als sie erfuhren, dass man in Frankreich und in anderen Gruppen der Internationale die Einheitsfront mit den Kommunisten gebildet hatte, ihre Auslandsführer beschworen, diesem Beispiel nicht zu folgen. Tatsächlich fürchten sie, dass eine Zusammenarbeit mit den deutschen Kommunisten ihre Reihen verseuchen und in kurzer Frist ihre gesunde und einheitliche Organisation zerbrechen würde.

Richtig ist, dass die Hitlerregierung in ihren amtlichen Berichten über die Propaganda ihrer Gegner, über Verhaftungen, über Verurteilungen durch die Sondergerichte vor allem die Kommunisten erwähnt. Sie tut dies aus taktischen und propagandistischen Gründen. Denn sie hat alles Interesse daran, dem deutschen Volke, und der internationalen Meinung den Glauben zu lassen, dass nur noch die Kommunisten ernsthaft gegen das braune System kämpften, weil sie den Eindruck hervorrufen will, dass im Falle des Sturzes des Naziregimes die bolschewistische Revolution die einzige Möglichkeit wäre. Aus dieser Zweideutigkeit schöpft sie heute einen grossen Teil ihrer Kraft.

Die Textilindustrie in Amerika

Ein neuer Kampf um die alte Streitfrage.

Die Zustände in der amerikanischen Textilindustrie waren längst unverträglich geworden. In ihr ist die erbärmlichste Bezahlung und die schmierigste Lohnquetscherei zu finden. Da die Textilindustrie in der Hauptsache in den Südstaaten domiziliert, also etwas abseits vom Strome der Welt liegt, wird nur wenig von ihr in der grosstädtischen Presse berichtet. In der Textilindustrie hat die „neue soziale Aera", das heisst, der wirtschaftliche Wiederaufbau Roosevelts, gleichfalls eine Werkordnung (Code) gebracht. Hierin ist die wöchentliche Arbeitszeit auf 40 Stunden, der Wochenlohn auf 13 Dollar festgelegt. Diese Sätze stellen sicherlich gegen früher einen bedeutsamen Fortschritt dar — wenn sie wirklich eingehalten würden. Das ist indessen kaum irgendwo der Fall. Die Textilbarone kümmern sich nicht im geringsten um das, was sie durch ihre Unterschrift versprochen haben. Statt der versprochenen 12 Dollar werden bloss 9 und noch weniger gezahlt, und dieser Lohn muss mit einem steigenden Mehraufwand von Kraft erlangt werden. Die Antreiberei, Einschüchterung und der Unfug der Beschäftigung von „Lehrlings-Arbeiten" ist zu einem vollendeten System ausgebaut. Und ausserhalb des Betriebes werden die Arbeiter noch einmal durch Steigerung der Mieten und Warenpreise geschröpft, was leicht möglich ist, da den Textilbaronen vielfach Wohnhäuser, Läden, Gerichte, Richter und Polizisten gehören oder untertan sind.

In den Südstaaten war immer ein Guerillakrieg zwischen Ausbeutertum und Arbeiterschaft im Gange; die letzten Monate ist er bedeutend mehr als sonst in blutige Handgemenge ausgeartet. Da ist zum Beispiel der Gewerkschaftsbeamte John Dean im Huntville von der Unternehmergarde verschleppt worden. Die Gewerkschaftsbeamten sind nicht ihres Lebens sicher. Sie können sich nur bewegen oder ihre Geschäfte besorgen unter dem Schutze einer mit Schrotflinten und automatischen Pistolen bewaffneten Leibwache von 50 bis 200 Mann. Bei den einzelnen Streiks sind Schutzkolonnen mit Kraftwagen gebildet, die in ständiger Bereitschaft stehen, um die Angriffe der Unternehmergarden auf Leben und Heim von Streikenden abzuwehren. Dass unter solchen Umständen blutige Scharmützel unausbleiblich sind, liegt auf der Hand.

Und unter derartigen Umständen ist auch verständlich, dass der Apell des Textilarbeiter-Verbandes zum Streik von der überwältigenden Mehrheit der Arbeiter prompt befolgt wurde. Die masslos gequälte menschliche Kreatur bäumt sich eben auf gegen eine Drangsal, die das Leben nicht mehr lebenswert erscheinen lässt.

Was wird wohl Roosevelt tun? Eine ziemlich sichere Antwort lässt sich schon heute geben. Wahrscheinlich wird Roosevelt in diesem grossen Konflikt dasselbe tun, was er in den bisherigen getan hat: nämlich er wird ein neues Amt zur Schlichtung oder Vermittlung einsetzen. Dem wird das Unternehmertum wie auch der Vorstand des Textilarbeiter-Verbandes nach mehreren Wenn und Aber zustimmen. Beide aus sehr unterschiedlichen Gründen. Nach mehrwöchigen Verhandlungen dürfte eine Entscheidung zustandekommen, die alles beim alten lässt. So war es in der Automobilindustrie, der Stahlindustrie, der Schiffahrt an der Westküste und im Gummigewerbe. Alle diese Schlichtungskomitees haben keine Streitfrage gelöst, sondern ihre Lösung hinausgeschoben.

Man darf nicht ausser acht lassen, dass Amerika vor politischen Wahlen steht. Das Unternehmertum will die sieben Wochen bis zum Wahltag noch gut zur Diskreditierung des wirtschaftlichen Wiederaufbaues und seines Urhebers, Roosevelts, ausnützen.

Anderseits muss Roosevelt viel daran gelegen sein, bei der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften den Glauben an die Nützlichkeit und die Verheissungen des Wiederaufbaugesetzes zu erhalten. Er darf und kann aber nicht diesen Glauben durch tatkräftige Erfüllung der Verheissungen des genannten Gesetzes stärken, weil er befürchten muss, dass er es dadurch mit den Mittelschichten, mit der Demokratischen Partei, mit der Kerntruppe seiner Wähler, verdirbt. Darum zögert er, bei den grossen wirtschaftlichen Konflikten klar Stellung zu nehmen.

Roosevelts Unentschiedenheit schlägt der Unternehmerschaft wirtschaftlich wie politisch trefflich zu Buche. Sie bestärkt sie darin, munter fortzufahren im Widerstand gegen die Wiederaufbauaktion, insonderheit gegen die Rechte, die das Aufbaugesetz in seinem Artikel 7a (freie Wahl von Gewerkschaftsvertretern) der Arbeiterschaft verbürgt. Wenn aber die Arbeiter nicht durch freigewählte Vertreter an der Festsetzung der Löhne mitwirken können, ist an ihre Erhöhung nicht zu denken. Die Steigerung der Kaufkraft bleibt aus, die Milderung der wirtschaftlichen Krise desgleichen. Wie wahr das ist, lehren die jüngsten Statistiken.

Die Zunahme der Produktion hat mitten im Sommer aufgehört und eine abermalige Zunahme der Arbeitslosigkeit eingesetzt. Und das just in der Jahreszeit, die für wichtige Gewerbe äusserst günstig ist. Was Wunder, dass die Zahl der Arbeiter, die um ihre Verdienstmöglichkeit bangt, wieder steigt und das Vertrauen in das jetzige politische wie wirtschaftliche System ein neues Stadium des Verdunstens erreicht hat.

Alle Behörden des grossen Landes sehen mit Grauen dem kommenden Winter entgegen. Die Zahl derer, die von der öffentlichen Hand genährt, beherbergt und gekleidet werden muss, ist selbst in den Sommermonaten unausgesetzt gestiegen. Das Mass der Hilfsdürftigkeit lässt sich an dem Zustand von Neuyork einigermassen ermessen. Hier bezieht von je sechs Einwohnern einer öffentliche Unterstützung, 300 000 Familien müssen ganz von der Stadt unterhalten werden, wozu allmonatlich trotz der kärglichen Unterstützung 15 bis 16 Millionen Dollar nötig sind.

Das Elend der Arbeiterschaft, ihre Klagen, ihre Empörung werden weitergehen. Bald wird sie sich abermals aufbäumen... Hierin dürfte erst dann eine Wandlung zum Bessern eintreten, wenn die Arbeiterschaft geistig wie politisch selbständig denkt und handelt.

Robert Ingersoll.

Es gärt in Japan

Wenn auch die japanische Regierung alle Nachrichten über umfassende Streikbewegungen in Japan verbietet, so wissen englische Blätter dennoch zu berichten, dass der Strassenbahnerstreik in Tokio noch immer fortdauert, ferner, dass in zahlreichen Eisenwerken Teilstreiks ausgebrochen sind und jetzt auch etwa 10 000 Seeleute in den Streik treten werden. Die Regierung hat daraufhin die Gewerkschaft der Seeleute verboten und ihre Büros gesperrt.

DIE ZWANGSJACKE

JACK LONDON

82

Und doch, wenn ich es ruhig betrachte: Das Grösste im Leben, in allen Leben, in mir und in allen andern ist das Weib, ist das Weib gewesen und wird es sein, solange die Sterne über den Himmel wandern und die himmlischen Ströme wechseln. Grösser als unsere Arbeit und Mühe, unsere Erfindungsgabe und all unsere Lust, unser Kampf, unser Sternenschauen und unser Mysterim — grösser als alles ist das Weib.

Selbst wenn ihr Singen falsche Musik für mich war, selbst wenn sie meine Füsse an die Erde fesselte, selbst wenn sie meine von den Sternen träumenden Augen zu sich herabzog, so hat sie, die Lebensspenderin, die Menschenmutter, mir doch grosse Zeit und grosse Jahre geschenkt, selbst das Mysterium habe ich in Gedanken nach ihrem Bilde geformt, und auf meiner Sternenkarte habe ich sie an meinen Himmel gesetzt.

All meine Arbeit, all meine Pläne führten zu ihr, all meine fernen Visionen sahen schliesslich sie. Für sie erfand ich Feuerbohrer, Feuerloch, für sie — obwohl ich es selbst nicht wusste — setzte ich den Stachelpfahl in die Wolfsgrube, um meinen Feind, den alten Säbelzahn, zu fangen, zähmte das Pferd, tötete das Mammut und trieb meine Renntierherde vor dem Eise nach Süden. Für sie erntete ich den wilden Reis, Gerste, Weizen, Roggen. Für sie und die Saat, die in ihrem Bilde geboren werden sollte, starb ich in den Baumwipfeln und ertrug lange Belagerungen in Höhlen und auf Lehmwällen. Für sie setzte ich die zwölf Zeichen an den Himmel. Sie war es, die ich anbetete, als ich mich vor den zehn Nephritsteinen beugte und sie als die zehn Monate der Schwangerschaft anbetete.

Immer ist das Weib auf der Erde geblieben, wie ein Rebhuhn, das seine Kleinen hütet; immer hat meine Schwarmlust, mein Wandertrieb mich auf die strahlenden Wege geführt, und immer haben meine Sternenpfade mich zu ihr zurückgeführt, zu dem ewigen Weibe, nach dessen Armen ich so durstete, dass ich in ihnen die Sterne vergass.

Für sie vollbrachte ich Odysseen, bestieg Bergesgipfel, wanderte durch Wüsten. Für sie war ich der erste im Kampf, und für sie und zu ihr sang ich Lieder über meine Taten. Alle Ekstasen des Lebens, alle Wonne und Herrlichkeit der Heldendichtung sind bei ihr mein gewesen. Und hier am Ende kann ich sagen, dass ich keine süssere und tiefere Tollheit im Leben gekannt habe, als mein Gesicht in dem duftenden Glanz und Vergessen ihres Haares zu ertränken.

Noch ein Wort. Ich erinnere mich Dorothys — es war erst ganz vor kurzem, als ich jungen Studenten der Landwirtschaft Vorlesungen hielt. Sie war elf Jahre alt, ihr Vater war Dekan der Universität. Sie war ein Kind und doch ein Weib. Sie hatte den Einfall, mich zu lieben. Und ich lächelte bei mir, denn mein Herz ward nicht gerührt — das lag anderswo.

Aber das Lächeln war zärtlich, denn in den Augen des Kindes sah ich das ewige Weib, das Weib aller Zeiten.

Sie war Kind und Weib, Tochter aller Frauen und Mutter aller Frauen, die nach ihr geboren werden sollen. Sie war Sar, die Göttin des Getreides, und Istar, die den Tod überwand. Sie war die Königin von Śaba, und sie war Kleopatra, Esther und Herodias. Sie war Maria, die Jungfrau, und Maria Magdalena. Sie war Maria, die Schwester Marthas, und Martha selbst. Sie war Brünhilde und Guinevere, Isolde und Judith, Heloise und Nicolette. Ja, sie war Eva, sie war Lilith, sie war Astarte. Sie war elf Jahre alt, und sie war all die Frauen, die gelebt haben und leben werden.

Ich sitze jetzt in meiner Zelle, die Fliegen summen in dem schwülen Sommernachmittag, und ich weiss, dass meine Zeit kurz bemessen ist. Bald kommen sie und kleiden mich in das kragenlose Hemd... aber schweig, mein Herz. Der Geist ist unsterblich. Nach der Finsternis soll ich wieder leben, und es werden Frauen in meinem Leben sein. Die Zukunft hat in ihrem Schoss die Frauen, die ich in den Existenzen kennen werde, die ich noch durchleben soll. Und obwohl die Sterne wechseln und der Himmel sich verändert, bleibt doch das Weib strahlend, ewig — das einzige Weib —, wie ich wohl unter all meinen Verkleidungen und in all meinem Unglück der einzige Mann, ihr Genosse, bin.

Meine Zeit ist jetzt bald abgelaufen. Alles, was ich geschrieben habe, ist glücklich zum Gefängnis hinausgeschmuggelt worden. Es ist ein Mann, auf den ich mich verlassen kann, und er wird dafür sorgen, dass es veröffentlicht wird. Jetzt sitze ich nicht mehr am Mördergang. Ich sitze in der Totenzelle und schreibe; und eine Totenwache ist bei mir. Tag und Nacht ist die Wache da, die — wirklich lächerlich, ganz paradox — dafür sorgen soll, dass ich mir nicht das Leben nehme. Es gilt, mich am Leben zu erhalten, bis ich gehängt werden soll, damit Publikum und Gesetz nicht betrogen werden und dem nachlässigen Direktor, dessen Pflicht es ist, dafür zu sorgen, dass die Verurteilten ihre wohlverdiente Strafe erhalten, nicht ein schwarzer Stempel aufgedrückt wird. Oft habe ich darüber nachgedacht, welche merkwürdigen Lebenswege einem Menschen beschieden sein können.

(Fortsetzung folgt).

Herausgeber: Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei in Polen Bezirk Oberschlesien, Katowice, Dworcowa 11 — Schriftleitung: Johann Kowoll, für den Inhalt und Inserate verantwortlich: Gerhard Pawellek, beide in Katowice, Dworcowa 11
Druck: „Drukarnia Ludowa", Spółdz. z odp. udz., Katowice